

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

33 (8.2.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Freitag, den 8. Februar 1952

Nr. 33

Völlige Gleichberechtigung gesichert

Der Westen muß so stark als möglich werden - Der Wehrbeitrag im Spiegel der Bundestagsdebatte

Bonn (UP). Die mit großer Spannung erwartete Debatte des Bundestages über einen militärischen Wehrbeitrag begann mit einer zweistündigen Rede des Bundeskanzlers, der mit großem Nachdruck die Schaffung eines starken Europas forderte, das die einzige Möglichkeit zur Abwehr jedes Angriffs aus dem Osten biete. Er beschwor den Westen, so stark zu werden, daß ein Angriff für Sowjetrußland ein großes Risiko einschließen würde, obgleich die Sowjets in der Ostzone schon 30 marschbereite Divisionen bereitgestellt hätten.

Trotz des ausdrücklichen Hinweises, daß die Bundesrepublik mit ihrem Wunsch nach einer Klärung ihrer Stellung zum Atlantikpakt niemanden erpressen wolle, bezeichnete der Kanzler eine Verbindung zwischen der Bundesrepublik und dem Atlantikpakt nach dem Beitritt Deutschlands zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft jedoch als eine zwingende Notwendigkeit. Schon in der Prämisse des deutsch-alliierten Generalvertrages sei die Verbindung mit der atlantischen Gemeinschaft ausdrücklich festgelegt.

Die Bestimmungen des Generalvertrages
Bei dieser Gelegenheit gab Dr. Adenauer auch erstmals Einzelheiten aus dem Generalvertrag bekannt. Unter anderem lege dessen Prämisse als gemeinsames Ziel aller Beteiligten die gleichberechtigte Eingliederung der Bundesrepublik in die europäische Gemeinschaft fest. Auch die Schaffung eines völlig freien, auf friedlichem Wege geeinten Deutschlands und ein frei vereinbarter Friedensvertrag wird als Ziel des Generalvertrages genannt. Das Besatzungsstatut sowie die Hochkommission fallen fort und Botschafter werden ausgetauscht. Als Vorbehaltrechte werden nur noch die Stationierung alliierter Streitkräfte und deren Sicherheit, die Frage Berlins und sein Status, sowie die Wiedervereinigung Deutschlands gelten. Die Bundesrepublik verpflichtet sich nach dem Generalvertrag zur Beteiligung an der euro-

päischen Verteidigungsgemeinschaft. Ein Schiedsgericht soll über Streitigkeiten aus dem Vertrag befinden.

Saarfrage muß geregelt werden

Der Bundeskanzler berührte kurz die Zusatzverträge zum Europa-Armee-Vertrag, über die noch verhandelt wird, und erklärte, daß die westlichen Alliierten eine Reihe von berechtigten und einige unberechtigte Wünsche dazu geäußert hätten. Die Pariser Beratungen zu diesem Komplex hätten zwar rasche Fortschritte gemacht, aber nun seien plötzlich Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich aufgetreten. Die Saarfrage hätte sich, so führte Dr. Adenauer aus, nach seiner Ansicht im Laufe der Zeit in einer Weise lösen lassen, die den Interessen aller Beteiligten, besonders der Saarbevölkerung, gerecht werde. Er habe aber immer noch die Hoffnung, daß die Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland möglichst bald aus der Welt geschafft werden könnten. Es sei gefährlich, wenn jetzt durch irgendeine Handlung das Vertrauen erschüttert werde. Die Bundesrepublik habe sich bei den Beratungen über die Verteidigungsgemeinschaft durch das Verhalten der französischen Regierung sehr gestört fühlen müssen. Er sehe in den Vorgängen an der Saar eine Präjudizierung des endgültigen Status der Saar. Der Kanzler forderte dagegen vor allem die Verwirklichung demokratischer Freiheiten an der Saar.

Zur zweiten Spannungsursache, der deutschen Stellung zur NATO, sagte Dr. Adenauer, es sei für jeden verständlich, daß unter keinen Umständen junge Deutsche einem Organ unterstellt werden, „auf dessen Funktionieren und Arbeiten wir keinen Einfluß haben“.

Die Feststellungsklage der SPD zu einem möglichen Wehrbeitrag nannte der Kanzler nach dem Inhalt des Grundgesetzes „vollkommen aussichtslos und überflüssig“. Die Klage habe die Position der deutschen Verhandlungspartner bei internationalen Verhandlungen stark geschwächt. Er stelle fest, daß ein deutscher Militärbeitrag zunächst auf Freiwillige zurückgehen würde.

Bundestag einen Wandel in den Vertragsverhandlungen mit den Alliierten. Ein deutscher Wehrbeitrag, den die FDP angesichts der Drohung aus dem Osten bejahe, könne nur unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung geleistet werden. Die bisher bekannten Ergebnisse der Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatus scheinen dies nach Eulers Ansicht jedoch nicht zu gewährleisten. Euler forderte die Freilassung Mansteins, Kesselrings und anderer verdienstvoller Offiziere und Soldaten aus den Gefängnissen der Alliierten. Außerdem verlangte er die Abschaffung des Requisitionssystems. Die Frage der Reparationen könne erst im Friedensvertrag endgültig geregelt werden. Deutschland müßte in dem Augenblick Mitglied der NATO werden, in dem die europäische Verteidigungsgemeinschaft wirksam wird.

Die von den Kommunisten propagierten „Warnstreiks gegen die Remilitarisierung“ sind von den Ruhrbergarbeitern nicht durchgeführt worden. In keinem einzigen Hüttenwerk kam es zu Störungen des Arbeitsfriedens.

Otto Strasser soll, wie die kanadische Zeitung „Montreal Star“ berichtet, die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland erhalten haben.

Der Schumanplan wurde vom Außenpolitischen Ausschuss des Rates der Republik Frankreich gebilligt.

Carl von Campe, der neue Botschafter der Bundesrepublik in Chile, überreichte dem chilenischen Staatspräsidenten Gonzalez in Santiago sein Beglaubigungsschreiben.

Die Einberufung der Achtehnhundertjährigen in US* in einer sechsmonatigen militärischen Ausbildung ist in einer Gesetzesvorlage vorgesehen, die vom Militärdienstauschuss des Repräsentantenhauses gebilligt wurde.

Die UN-Kommission zur Prüfung der Voraussetzungen für die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen wird am Montag zu ihrer ersten Sitzung zusammentreten.

Der ägyptische Ministerpräsident Ali Maher Pascha hat in sein Kabinett sechs weitere Persönlichkeiten aufgenommen.

Landesbischof D. Lillje (Hannover) weihte im Weserhafen Brake das zweite deutsche Seeschulschiff „Passat“.

Ein britischer Dösjäger, der bisher noch auf der Geheimhaltungsliste steht, ist samt dem Piloten über dem englischen Festland abgestürzt.

Die Parlamente Italiens und Belgiens sowie der US-Senat billigten die Aufnahme der Türkei und Griechenlands in den Atlantikpakt.

George Kennan, der Rußland-Experte des US-Außenministeriums, wurde von Präsident Truman als Nachfolger von Vizeadmiral Allan Kirk zum Botschafter in Moskau ernannt.

Die Konservativen konnten sich bei zwei Nachwahlen in England behaupten. Die Neuwahlen waren notwendig geworden, nachdem der König zwei konservative Abgeordnete zu Peers erhoben hatte, so daß sie ihre Unterhausitze aufgeben mußten.

SPD begründet ihre Ablehnung

Als erster beantwortete der zweite SPD-Vorsitzende Ollenhauer die Erklärung Adenauers mit einem erneuten „Nein“ der Sozialdemokraten zu einem deutschen Wehrbeitrag unter den gegenwärtigen Bedingungen. Weder die politischen noch die moralischen und sozialen Voraussetzungen für die Aufstellung deutscher Truppen und für die Mitfinanzierung der westlichen Verteidigung seien gegeben. Die Ausführungen des Kanzlers nannte er „dürftig“. Nach Ollenhauers Meinung müsse die soziale Sicherung der Demokratie der militärischen vorangehen. Das Argument der bedrohlichen Weltlage sei nicht ausreichend, man könne dem Kalten Krieg am besten mit der Erringung der sozialen Sicherheit begegnen. Das Versagen der Bundesregierung auf diesem Gebiet sei eine Schwächung der Demokratie, die durch die Aufstellung von Truppen nicht wettgemacht werden könnte.

Dr. Adenauer erwiderte dem SPD-Sprecher, daß die Schaffung der sozialen Voraussetzungen für ihn so selbstverständlich seien, daß er eine erneute Behandlung dieser Frage nicht für notwendig gehalten habe. Ollenhauer unterstrich dann, die Alliierten seien immer noch den Beweis dafür schuldig, daß sie deutschen Boden im Ernstfalle mit dem gleichen Einsatz verteidigen würden wie ihr eigenes Land. Solange die Forderung „gleiches Risiko und gleiche Chancen“ für alle an der Verteidigung des Westens Beteiligten nicht erfüllt sei, könne die SPD einem deutschen Wehrbeitrag nicht zustimmen. Erst müßte durch vertragliche Vereinbarungen die Souveränität Deutschlands voll wiederhergestellt sein, und dann könnte man über die Wiederbewaffnung Deutschlands verhandeln.

Ollenhauer fordert Neuwahlen

Ein Beitritt der Bundesrepublik zur NATO würde nach Auffassung der SPD die internationale Verantwortung der Bundesrepublik und ihre internationalen Verpflichtungen in einem Umfang erweitern, über die sich die Bundesregierung keine Vorstellung zu machen scheine. Die SPD müsse es ablehnen, so führte Ollenhauer aus, daß internationale Organisationen dazu benutzt würden, deutsche Substanz — in diesem Falle deutsche Menschen — unter fremde Verfügungsgewalt zu stellen. Ollenhauer wies in diesem Zusammenhang auch auf den Schumanplan hin. Nach Auffassung der SPD hätte es gar nicht erst zu einer Saarfrage kommen brauchen, da die Saarfrage schon vor der Aushandlung des Schumanplans hätte für Deutschland zufriedenstellend gelöst werden können. Eine Europäisierung der Saar lehnte Ollenhauer entschieden ab. Er unterstrich die Argumente der

SPD in ihrer Verfassungsklage und forderte Neuwahlen, weil der jetzige Bundestag zu einer Entscheidung der lebenswichtigen Frage einer deutschen Wiederbewaffnung nicht befugt sei.

Nur Kollektivsystem rettet den Frieden

Der Sprecher der bayerischen CSU, Strauß, sah in der Konsequenz der Lage den Zwang zu einer Entscheidung. Es liege in der Hand der Deutschen, „Ja“ oder „Nein“ zu einem Wehrbeitrag zu sagen. „Wir würden von Herzen gern auf jeden Gedanken der Verteidigung verzichten, wenn die Sowjetunion durch Verminderung ihrer Rüstungsstärke und mit ihrer Bereitschaft ausreichende Garantien für einen dauerhaften Frieden gebe“. Nur ein Kollektivsystem der westlichen Welt einschließlich Deutschlands könne den Frieden retten. Der finanzielle Beitrag dürfe weder die Währung gefährden, noch die Sozialleistungen mindern.

Für die FDP erhoffte sich der Fraktionsvorsitzende Euler von der Aussprache im

Kiesinger: Der Bundestag ist kompetent

Der CDU-Abgeordnete Wahl trat für die Beseitigung der psychologischen Hemmnisse gegenüber einem deutschen Wehrbeitrag durch eine vernünftige Regelung der Kriegsverbrecherprozesse ein. Der CDU-Abgeordnete Dr. Kiesinger wies den Einwand der SPD zurück, daß dieser Bundestag nicht legitimiert sei, über einen deutschen Wehrbeitrag zu entscheiden. Die Mandate seien vom Volk 1949 nicht mit Einschränkungen übertragen worden. Die Abgeordneten könnten nun ihren Verantwortlichkeiten nicht ausweichen. Dem Volke müsse klar gemacht werden, daß ein Wehrbeitrag innerhalb einer Völkergemeinschaft etwas ganz Neues sei und mit Remilitarisierung nichts zu tun habe. Der westdeutsche KPD-Chef Max Reimann bezeichnete es als eine Lüge, daß die „friedliebende Sowjetunion“ die Völker bedrohe.

Als letzter Redner des Tages hielt der Berliner CDU-Abgeordnete Tillmanns der SPD vor, ein „Nein“ zu einem deutschen Wehrbeitrag würde die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich machen. Wenn auch die Zustimmung zur Verteidigungsgemeinschaft das Wagnis einer Verschärfung der Lage einschleße, so rücke der Tag einer Wiedervereinigung um so näher, je geschlossener Deutschland und die europäischen Völker zusammen stehen.

Der Bundestag wird seine Debatte am Freitag fortsetzen.

Während die Diskussion im Parlament — abgesehen von den üblichen Zwischenrufen — im allgemeinen ungestört verlief, veruchten kommunistische Demonstranten, die zum Teil mit Autobussen und Lastkraftwagen angefahren kamen, gegen das Bundeshaus vorzudringen. Während es dort der Polizei gelang, sie mit Wasserwerfern abzuwehren, kam es in der Innenstadt am Donnerstag nachmittag zu Schlägereien. Etwa ein Dutzend Demonstranten wurden verhaftet, einige Personen leicht verletzt. Die Polizei schätzte die Zahl der Demonstrierenden auf etwa 1300 bis 1400.

Erstes Echo aus London

In Kreisen der Bundesregierung hat man mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß man in London — wie das erste Echo von dort zeigte — in den Erklärungen des Bundeskanzlers eine gewisse Übereinstimmung der Auffassungen mit der britischen Regierung sehen zu können glaubt. Außenminister Eden habe dem Unterhaus ähnliche Gedankengänge vorgetragen. Vor allem hinsichtlich der Saar und der Frage der deutschen Stellung zur NATO herrscht nach den in Bonn aus britischen Kreisen vorliegenden Informationen in London der Eindruck vor, daß sich die grundsätzliche Haltung der beiden Regierungen offenbar deckt.

Volkskammer gegen „Militärdiktatur“
Immer noch Reparationen an Sowjetunion

Berlin (UP). Die Ostzonen-Volkskammer billigte einstimmig eine Erklärung, in der gegen angebliche Terroraktionen gegen westdeutsche „Friedensorganisationen“ Protest erhoben wird. Das Vorgehen der Bundesregierung sei als Ausdruck der Furcht vor dem wachsenden Widerstand der Volksmassen zu werten und solle die Wege für die Errichtung einer „Militärdiktatur“ ebnen. Volkskammer-Präsident Dieckmann bezeichnete die Haltung des Bundeskanzlers in der Saar-Frage als „Täuschung“ und „Betrug“ am deutschen Volk.

Der stellvertretende Ministerpräsident Rau erklärte, daß die Reparationsleistungen der Ostzone an die Sowjetunion sich gegenwärtig noch auf zwei Prozent des Gesamtwertes der Industrieproduktion beliefen.

Gleichzeitig hat die Ostzonenregierung der Volkskammer den „Volkswirtschaftsplan 1952“ vorgelegt, der als Hauptaufgabe die Serienherstellung großer Werkzeugmaschinen und Industrieausrüstungen, eine verstärkte Ausnutzung der Bodenschätze, die Vergrößerung von Kapazität und Leistungsfähigkeit der Energiewirtschaft sowie den Aufbau einer leistungsfähigen Hüttenindustrie und den weiteren Ausbau der chemischen Industrie vorsieht. Der Plan wurde einstimmig angenommen.

Sowjets wollen skandinavische Union

Nordische Länder sollen neutralisiert werden — Eine Anregung Finnlands

Stockholm (UP). Die Sowjetunion bemüht sich, wie von maßgeblichen skandinavischen diplomatischen Kreisen mitgeteilt wird, unter den skandinavischen Staaten Unterstützung für ihren Gedanken einer neutralen nordischen Verteidigungsunion zu finden. Die sowjetische Botschaft in Stockholm habe, wie verlautet, dem schwedischen Außenministerium gegenüber deutlich durchblicken lassen, daß die Sowjetunion gegen einen nordischen Verteidigungsvertrag nichts einwenden würde.

Auch von skandinavischer Seite wurde erst vor kurzem eine gleiche Anregung gegeben. Der finnische Ministerpräsident Urho Kekkonen hat in einer Rede seinen skandinavischen Kollegen den Abschluß einer unabhängigen Verteidigungsunion vorgeschlagen. Man vermutet, daß Kekkonens Rede nicht nur die Billigung des finnischen Staatspräsidenten J. K. Passikivi gefunden hat, sondern sogar auf dessen Initiative zurückzuführen ist. In Stockholmer Kreisen, die der sowjetischen Botschaft nahestehen, heißt es, die Sowjetunion rechne gegenwärtig kaum mit einem Erfolg ihrer Anregungen, fördere aber den Gedanken in der Hoffnung, daß veränderte Umstände in Zukunft die Verwirklichung der Idee ermöglichen könnten.

Neue Anregungen werden wahrscheinlich von der bevorstehenden internationalen Wirtschaftskonferenz in Moskau ausgehen, an der viele skandinavische Delegierte teilnehmen. Skandinavische Diplomaten weisen auch darauf hin, daß nordische Geschäftsleute, kulturelle Delegationen und Gewerkschafts-abgeordnete — meist bekannte Antikommunisten — in steigender Zahl nach Moskau eingeladen werden.

Hunderte von Freischärlern festgenommen

Energetische Maßnahmen Maher Paschas — England fordert Schadenersatz

Kairo (UP). Die ägyptische Polizei begann in der Kanalzone mit einer Aktion gegen Terroristen und Freischärler. In Ismailia wurden 39 und in Suez 55 Freischärler von ägyptischer Polizei festgenommen. Weitere Verhaftungen erfolgten in Port Said. Außerdem wurde das Dorf Zagazig durchsucht, das sich außerhalb der Kanalzone liegt und das „Hauptquartier“ der Freischärler beherbergt. Dort wurden etwa 150 Terroristen festgenommen. Wie verlautet, hat der ägyptische Gouverneur der Kanalzone, Abdel Hady Ghazali Bey, den Auftrag bekommen, energisch gegen aufrührerische Elemente in der Zone vorzugehen und damit die Voraussetzungen für neue Verhandlungen mit Großbritannien zu schaffen.

Die ägyptische Regierung hat das britische Oberkommando gebeten, die rund 1300 Militärs freizulassen, die von den Briten in der Kanalzone interniert wurden, sowie die Rückkehr der ausgewiesenen Ägypter und die Wiederaufnahme des freien Handels zu gestatten.

Inzwischen ist der Inhalt der britischen Protestnote veröffentlicht worden. Darin verurteilt die britische Regierung die Ereignisse von Kairo vom 28. Januar, bei denen britische Staatsangehörige getötet und britisches Eigentum vernichtet wurde. Zugleich wird betont, daß die ägyptische Regierung „kriminellen Elementen“ offene und verdeckte Unterstützung angedeihen ließ. Großbritannien fordert in der Note eine drastische Bestrafung der Schuldigen und behält sich Schadenersatzforderungen für die Verluste britischer Staatsangehöriger vor.

Elizabeth II. in London eingetroffen

Am Freitag Verlesung der Proklamation - NATO-Konferenz soll verschoben werden



Der verstorbene König Georg VI.

London (UP). Die junge britische Königin Elizabeth II., die sich auf der Reise nach Australien befand, als sie die Nachricht vom Tode ihres Vaters erfuhr, ist mit Prinzgemahl Philip nach London zurückgekehrt.

Auf dem Flugplatz wurde sie von Premierminister Churchill und dem Herzog von Gloucester sowie einigen prominenten Mitgliedern des Kabinetts und des Parlaments begrüßt. Sie fuhr sofort nach ihrem bisherigen Wohnsitz Clarence House, den sie bald aufgeben wird, um in den Buckingham-Palast einzuziehen.

Am Freitag tritt Elizabeth II. vor den Geheimen Staatsrat, um ihre Proklamation zur Königin zu unterzeichnen und den Eid als neue Herrscherin sowie als Oberhaupt der Kirche von Schottland abzulegen. Diese Proklamation, die der Geheime Britische Staatsrat verfaßt hat, wird darauf unter feierlichem Gepränge vom Balkon des St.-James-Palastes und von den Stufen der Londoner Börse verlesen werden. Die Proklamation hat folgenden Wortlaut:

„Da es Gott, dem Allmächtigen, gefallen hat, unseren einstigen Herrn und König, Georg VI., gesegneten und ruhmreichen Angedenkens, zu sich zu berufen und da durch dessen Hinscheiden die Krone einzig und allein und rechtmäßig der hohen und mächtigen Prinzessin, Elizabeth Alexandra Mary, zugefallen ist: Wir hier versammelten weltlichen und geistlichen Peers dieses Reiches, unterstützt von den Mitgliedern des Geheimrates seiner Majestät und Vertretern des Commonwealth sowie anderen führenden Persönlichkeiten von hohem Stand, dem Lord-Major, Ratsherren und Bürgern von London, proklamieren hiermit und tun einstimmig mit Herz und Zunge kund, daß nun die hohe und mächtige Prinzessin Elizabeth Alexandra Mary durch den Tod unseres seligen Herrschers Königin Elizabeth die Zweite wurde, durch Gottes Gnade Königin dieses Reiches und all ihrer anderen Reiche und Gebiete, Oberhaupt des Commonwealth, Verteidiger des Glaubens, der all ihre Lehnmänner mit herzlicher und demütiger Zuneigung Treue und ständigen Gehorsam geloben und Gott, durch dessen Gnade Könige und Königinnen herrschen, bitten, die Königin Elizabeth II. zu segnen, um in vielen und glücklichen Jahren über uns zu herrschen. Gott erhalte die Königin.“

Besonders bedeutsam an dieser Erklärung ist die Hinzufügung des Titels „Oberhaupt des Commonwealth“ zu den Titeln der Königin. Darin ist eine erneute Bestätigung der Wichtigkeit der Krone für den Zusammenhalt der 613 Millionen Menschen zu erblicken, die in den Ländern und Territorien des Commonwealth leben.

Todesursache: Herzthrombose

Elizabeth II. hat sofort nach ihrem Eintreffen ihre Amtsgeschäfte aufgenommen und angeordnet, daß ihr Vater, König Georg VI., der nach Mitteilung seiner Ärzte einer Herzthrombose erlag, am Freitag, dem 13. Februar, beigelegt wird. Mit den ersten Dokumenten, die die Unterschrift „Elizabeth Regina“ tragen, ordnete sie an, daß der Leichnam ihres Vaters am kommenden Montag von Sandringham nach London gebracht wird. Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag wird der verstorbene König in der historischen Westminster Hall aufgebahrt werden. Am Freitag wird die Trauerprozession stattfinden, an der praktisch alle gekrönten Häupter Europas teilnehmen werden, darunter voraussichtlich Königin Juliana von Holland sowie die Könige von Schweden, Dänemark, Norwegen, Belgien und Griechenland. Aus den USA wird Außenminister Acheson erwartet. Die Prozession wird von Westminster Hall zum Paddington-Bahnhof gehen. Die Beisetzungsfählichkeiten finden in der St. Georgs-Kapelle zu Windsor statt, in der auch der Vater des Königs, König Georg V., zur letzten Ruhe gebettet wurde.

Die Nachricht vom Tode des Königs ist in der ganzen Welt mit Trauer und tiefer Anteilnahme aufgenommen worden. Selbst Nationen, deren Beziehungen zu Großbritannien gespannt sind, ließen auf ihren Regierungsgebäuden die Flaggen halbmast setzen. So haben König Faruk von Ägypten sowie der Schah von Iran trotz der Nahost-Krise eine

zweiwöchige Hoftrauer angeordnet. Auch der sowjetische Außenminister Wyszinski sowie die Regierungen zahlreicher sowjetischer Satellitenstaaten haben Beileidstelegramme übersandt.

Der ständige Stellvertreter der Nordatlantikkonferenz hat empfohlen, die auf den 18. Februar anberaumte Konferenz des Atlantikpaktes in Lissabon um vier Tage zu verschieben, da Außenminister Eden am Begräbnis des Königs teilnehmen wird.

Der neue Thronfolger

Da König Georg VI. nur Töchter hinterließ, ist die jetzige Königin Elizabeth II., die letzte britische Herrscherin aus dem Hause Windsor, dessen Linien auf die Weifen und das Haus Sachsen-Coburg-Gotha zurückzuführen, der neue Thronerbe, ihr dreijähriger Sohn Prinz Charles, gehört bereits dem Hause Mountbatten an, das eigentlich nach einer kleinen Stadt im hessischen Regierungsbezirk Wiesbaden „Battenberg“ heißt. Die Battenbergs sind eine Nebenlinie des hessischen Hauses Brabant. Prinz Charles ist mit dem Tode seines Großvaters Herzog von Cornwall geworden. Die Einkünfte aus diesem Herzogtum werden auf jährlich 100 000 Pfund Sterling (etwa 1,2 Millionen DM) geschätzt.



Englands neue Königin Elizabeth II.

Lastenausgleich für Frühjahr erwartet

Veranlagung beginnt frühestens im Herbst

Bonn (UP). Der Lastenausgleich sei nicht nur eine entscheidende sozialpolitische Aufgabe, sondern auch unlösbar verbunden mit der Sicherung der Freiheit in einer freien Welt, schreibt der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für den Lastenausgleich, Dr. Johannes Kunze (CDU) im „Bulletin“ der Bundesregierung. Nur wenn es gelinge, den Millionen von Kriegsgeschädigten die Grundlage für den Neuaufbau einer Existenz zu bieten, könne man von ihnen Verständnis für die Notwendigkeit der Verteidigung von Freiheit und christlicher Kultur verlangen. Die Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes im Bundestag werde voraussichtlich im Frühjahr erfolgen. Die endgültige Veranlagung der Lastenausgleichsabgaben könne jedoch frühestens im Herbst 1952 beginnen. Sie werde sich über drei Jahre hinziehen. Eigentümer, die im Kriege nichts verloren haben, sollen nach dem vorliegenden Ent-

wurf eines Lastenausgleichsgesetzes die Hälfte ihres Vermögens an diejenigen abgeben, die alles einbüßten. Den alten und erwerbsunfähigen Kriegsgeschädigten und Vertriebenen soll eine auskömmliche Rente gezahlt werden. Menschen, die ihre Existenzgrundlage verloren haben, sollen die Möglichkeit erhalten, sich eine neue Existenz aufzubauen. Ferner soll versucht werden, verlorenes Vermögen im Rahmen des Möglichen zu ersetzen, führte Kunze weiter aus.

Man rechne mit einem jährlichen Lastenausgleichsaufkommen von 2,1 Milliarden DM, führte Kunze weiter aus. Davon sollten alte und arbeitsunfähige Anspruchsrechte allein 1,4 Milliarden DM in Form von Renten und Unterstützungen erhalten. Etwa 700 Millionen verbleiben für die Ausgabe von Darlehen, für den Wohnungsbau, für die Arbeitsbeschaffung und die Beschaffung von neuem Hausrat.

Holland zum deutschen Atlantik-Wunsch

Nicht zuviel Besatzungskosten - Drei Abschnitte für die Verteidigung Europas

Den Haag (UP). Außenminister Stikker eröffnete die Verteidigungsdebatte der zweiten Kammer des niederländischen Parlamentes mit der Feststellung, Holland wünsche, das die deutsche Bundesrepublik in irgendeiner Weise mit der Atlantikpakt-Organisation assoziiert werde. Er meinte allerdings, daß dieses Ziel nicht leicht erreicht werden könne, weil einige „sehr wichtigen politischen Gruppen“ die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO ablehnen. Es sei damit zu rechnen, daß diese Widerstände nur langsam überwunden werden könnten.

Der holländische Minister vertrat ferner die Ansicht, daß auch Holland „zur gegebenen Zeit“ zu den Verhandlungen über den finanziellen deutschen Verteidigungsbeitrag zugezogen werden müsse. Es müsse vermieden werden, daß ein zu großer Teil des finanziellen deutschen Beitrages für den Unterhalt ausländischer Truppen in Deutschland ausgegeben werde. Dadurch würde Deutschlands Beitrag zur europäischen Verteidigung zu stark verringert und es entstünde die Gefahr, daß die anderen westeuropäischen Staaten einschließlich der Niederlande die Differenz decken müßten.

Die Bedingungen Hollands für eine Beteiligung an einer Europa-Armee formulierte Stikker folgendermaßen: 1. Holland müsse das Recht behalten, selbst über sein Verteidigungsbudget zu entscheiden; 2. Das Sozialprogramm der Niederlande dürfe keine Einschränkung erfahren; 3. Die gegenwärtigen Verteidigungsausgaben dürften nicht überschritten werden; 4. Nicht ein einziger Mann, sondern ein Regiment, dem auch ein Holländer angehört, müsse die oberste Leitung der Verteidigungsgemeinschaft bilden. Stikker sprach sich in diesem Zusammenhang grundsätzlich für eine europäische Föderation aus, meinte jedoch, daß die Periode bis zur Bildung einer derartigen Föderation länger dauern dürfte, als zunächst erwartet wurde.

Nach Angaben, die der belgische Verteidigungsminister in Brüssel machte, soll die Verteidigung Westeuropas in drei Sektoren eingeteilt werden. Für den Nordsektor sind belgische und britische Truppen vorgesehen, für den Mittelsektor deutsche und französische Einheiten, während für den südlichen Sektor deutsche und amerikanische Verbände stationiert werden. Nur zwei der drei Divisionen eines Armeekorps würden von dem gleichen Land gestellt. Der Oberbefehl über das Armeekorps werde von dem Land ausgeübt, das zwei Divisionen für dieses Korps stelle, allerdings mit der Einschränkung, daß kein deutscher General den Befehl über ein Armeekorps erhalten könne.

Deutschland wird Weltbank-Mitglied

Mit 350 Millionen Dollar beteiligt

Aus maßgebender Quelle verlautet, daß in den nächsten Tagen eine offizielle Mitteilung über die Aufnahme Deutschlands als Mitglied der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds erfolgen wird. Der Direktionsausschuß des Internationalen Währungsfonds für die Auf-

nahme neuer Mitglieder hat, wie verlautet, die endgültigen Bestimmungen über die Aufnahme Deutschlands festgelegt. Es wird angenommen, daß die deutsche Beteiligung am Internationalen Währungsfonds etwa 350 Millionen Dollar betragen dürfte. Damit wäre die Bundesrepublik an sechster Stelle auf derselben Stufe wie Kanada und die Niederlande. Von der Höhe der Beteiligung hängt das Schwergewicht der Stimmen Deutschlands im Direktorium des Währungsfonds und die Höhe eventueller Anleihen bei der Bank ab.

Die höchste Beteiligung haben die USA mit 750 Millionen Dollar. Ihnen folgt Großbritannien mit 1300 Millionen Dollar. Dann kommen in der Reihenfolge China, Frankreich und Indien.

Wieder Auslandsniederlassungen

Erschließung neuer Absatzmärkte

Das Bundeswirtschaftsministerium gab bekannt, daß mit „Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 18/52“ jetzt die Durchführungsvorschriften für das Verfahren bei der Neugründung deutscher Niederlassungen im Ausland und beim Erwerb von Beteiligungen deutscher Firmen an Unternehmen im Ausland bekanntgegeben worden sind. Damit sei für die deutsche Ausfuhrindustrie und den Exporthandel die Grundlage geschaffen, zum Wiederaufbau ihrer infolge des Krieges verloren gegangenen Auslandspositionen wieder aufzubauen, die erforderlichen devisarechtlichen Genehmigungen zu erhalten. Die angespannte Devisenlage des Bundes erfordere derartige Vorhaben auf diejenigen Fälle zu beschränken, die unter devisawirtschaftlichen Gesichtspunkten im Interesse der Förderung des deutschen Exportes und der Einfuhr volkswirtschaftlich lebenswichtiger Güter liegen. Investitionen im Ausland sollten in erster Linie durch Einbringung von Sachwerten oder durch Dienstleistungen erfolgen. Daneben können auch Investitionen in Form von ideellen Werten, wie gewerblichen Schutzrechten, Erfindungen oder Herstellungsverfahren in Betracht.

Die neuen Bestimmungen eröffnen den deutschen Ausfuhrfirmen die Möglichkeit zur Einrichtung von Vertriebsstellen und Produktionsstätten, die zur Erschließung der Absatzmärkte deutscher Waren im Ausland erforderlich sind. Den beteiligten deutschen Firmen wird eine sorgfältige Überprüfung der ausländischen Bestimmungen über die Behandlung des deutschen Vermögens empfohlen. Es müsse unter allen Umständen sichergestellt werden, daß die deutschen Firmen über die in einer Niederlassung oder Beteiligung angelegten Vermögenswerte in gleicher Weise verfügen können wie Angehörige dritter Staaten. Anträge deutscher Firmen auf Errichtung eigener Niederlassungen oder Erwerb von Beteiligungen an ausländischen Unternehmen sind bei den Wirtschaftsministerien der einzelnen Bundesländer bzw. in Berlin unter Benutzung eines Formblattes einzureichen.

Austauschprogramm für OEEC-Länder

Der „Internationale Rat für Jugendbeihilfe“ in der Bundesrepublik gab in Frankfurt das Anlaufen eines neuen europäisch-amerikanischen Austauschprogramms bekannt, unter dem im Jahre 1952 insgesamt 2000 junge Facharbeiter, Studenten und Ingenieure — darunter je 400 Deutsche, Franzosen und Italiener sowie je 200 Engländer und Österreicher — für ein Jahr in amerikanischen Betrieben arbeiten sollen. Das Programm wird unabhängig von dem größeren Austauschprogramm der US-Hochkommission in Deutschland durchgeführt.

Verteidigung verschlingt Riesensummen

Finletter erteilt Senatoren eine Lektion

Washington (UP). Um die hohen Kosten moderner Waffen zu demonstrieren, fuhrte US-Luftflottenminister Finletter dem Bewilligungsausschuß des Senats ein streng geheimes Bombenzielgerät vor. Während das amerikanische „Nordenzielgerät“ des zweiten Weltkrieges mit seinen 8000 Dollar Herstellungskosten den Senatoren schon recht kostspielig erschienen, bemächtigte sich ihrer ein betretenes Schweigen, als Finletter die neue Apparatur mit 250 000 Dollar bezifferte. Der Minister stellte mit Bedauern fest, daß er aus Sicherheitsgründen keine detaillierten Angaben über die Arbeitsweise des neuen „K-Gerätes“ machen könne. Immerhin vertraute er den Gesetzgebern an, daß die Zieleinrichtung einer großen elektrischen Rechenmaschine vergleichbar sei, die alle Kalkulationen selbst zusammenstellt und selbst bei schlechtem Wetter und bewölkttem Himmel die tödliche Bombenlast sicher ihrem Ziel zuführt. Der Minister verriet außerdem, daß der Rumpf eines modernen Düsenjägers allein 179 309 Dollar koste, verglichen mit 26 741 Dollar im letzten Kriege.

Salutschüsse an der Korea-Front

Konzessionen der UN-Unterhändler

Seoul (UP). Britische Artillerie feuerte an der Front in Korea den Königsalut von 101 Schuß, um des Todes von König Georg VI. zu gedenken. Dann folgte der Ehrensalut für die neue Königin mit 21 Schuß. Da an der Front keine Übungsmunition vorhanden war, erfolgte der Salut mit scharfen Granaten auf die gegnerischen Stellungen in der koreanischen Winterlandschaft. Dann war alles wieder still.

Während die Salven über die feindlichen Linien donnerten, setzten die Delegierten beider Parteien ihre Verhandlungen in Pan Mun fon fort, wobei die UN-Delegation sich zu sinigen Konzessionen bereit erklärte, um den Abschluß eines Waffenstillstandes zu beschleunigen. Sie verzichtete auf den Austausch der zivilgefangenen aus Südkorea, die zurzeit in Nordkorea festgehalten werden. Im Unterschuß für die Überwachung kamen sich die Unterhändler in der Frage des Ersatzes von Truppenteilen etwas näher.

Wieder eine Superfestung abgestürzt

Tokio (UP). Über einem Dorf in der Nähe von Tokio ist eine amerikanische Superfestung abgestürzt. Alle Insassen der Maschine — wahrscheinlich elf Mann — kamen dabei ums Leben. Die Maschine, die nach dem Absturz explodierte, setzte zehn Häuser in Brand. Drei Zivilpersonen werden vermißt.

Faure vor einer schweren Kraftprobe

Französische Regierung und Lissaboner Konferenz stehen auf dem Spiel

Paris (UP). In der französischen Nationalversammlung erwartete man mit Spannung das Ergebnis der Abstimmung über die Vertrauensfrage, die Ministerpräsident Edgar Faure gestellt hat. Faure hatte die Abstimmung über die von den Sozialisten geforderte „gleitende Lohnskala“ mit der Vertrauensfrage verbunden.

Die Abstimmung ist von großer Bedeutung, da Frankreich auf der bevorstehenden NATO-Konferenz in Lissabon von einer aktionsfähigen Regierung vertreten werden muß. Wenn Faure jetzt gestürzt werden sollte, wird die Lissaboner Konferenz wahrscheinlich noch um einige weitere Tage verschoben werden müssen. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die Sozialisten für die Regierung stimmen werden, während einige Abgeordnete der Regierungsparteien sich gegen die Gesetzesvorlage ausgesprochen haben. Klar ist, daß Kommunisten und Gaullisten gegen die Regierung stimmen werden. Die Nationalversammlung genehmigte die Aufnahme Griechenlands und der Türkei in den Nordatlantikkpakt. 511 Stimmen wurden dafür und 101 dagegen abgegeben. Nur die Kommunisten stimmten gegen die Vorlage.

Die französische Kammer hat am Donnerstagsabend der Regierung Faure mit 292 gegen 257 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Die „gleitende Lohnskala“ wird infolgedessen mit Vorrang beraten werden. Die Regie-

rung verlangt bei Preissteigerungen eine Frist von 4 Wochen bis zum Inkrafttreten neuer Löhne.

4700 Verhaftungen in Tunesien

Der französische Außenminister Schuman empfing in Paris den französischen Generalresidenten in Tunis, Jean de Hauteclocque. Gegenstand der Unterredung war die letzte Note des Beys von Tunis, Sidi Mohammed el Amin, an die französische Regierung. Obwohl der Inhalt dieser Note noch nicht veröffentlicht wurde, verlautet in unterrichteten Kreisen, daß sie „negativ“ sei und nach französischer Auffassung keine geeignete Grundlage für neue Verhandlungen abgebe. Der Bey soll angeblich die Freilassung des Führers der „Neo Destour Partei“ Habib Bourguiba, der sich zur Zeit unter Bewachung im tunesischen Dorf Tabarka aufhalten muß. Der Bey soll die bedingungslose Freilassung Bourguibas zur Vorbedingung für weitere Verhandlungen gemacht haben. Aus einem Bericht des französischen Hauptquartiers in Tunesien geht hervor, daß im Rahmen der großen Säuberungsaktion in Tunesien etwa 4700 Personen verhaftet wurden, vor allem auf der Halbinsel Kap Bon. 1587 Personen werden wegen unbefugten Waffenbesitzes vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Insgesamt wurden 170 Gewehre und zwei Maschinenpistolen beschlagnahmt.

Waren als Wiedergutmachungsleistung

Düsseldorf (ZSH). Nach einer Meldung der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ sollen die Verhandlungen über die Wiedergutmachungsleistungen für Israel auf neutralem Boden stattfinden.

Bürokratie hemmt Wohltätigkeit

Hannover (UP). Drei Omnibusse im Wert von 120 000 DM, die zur Betreuung von Müttern und Kindern vorgesehen waren, und dem Lande Niedersachsen von der niederländischen „Kommission für Flüchtlingshilfe“ geschenkt wurden, konnten nicht über die niederländisch-deutsche Grenze gebracht werden.

Dauerblitz mit 50 000 Grad Celsius

Kiel (UP). Im Institut für Experimentalphysik der Kieler Universität erzeugten Professor Dr. Lochte-Holtgreven und sein Assistent Dr. Heinz Mäcker nach dreijährigen Versuchen jetzt einen Lichtbogen, der während einiger Minuten auf seiner 10 cm langen Funkenstrecke eine Temperatur von plus 50 000 Grad Celsius erreicht.

Brand in australischer Sternwarte

Canberra (UP). Das australische Mount-Stromlo-Nationalobservatorium wurde durch einen Waldbrand teilweise zerstört. Nur ein Umschlag in der Windrichtung verhinderte in letzter Minute die Zerstörung der wertvollsten Teleskope und Geräte.

Verbrechen oder Unfall?

Der Tod der Lotte Bischof - Der Vater glaubt an Mord

Sechs Jahre ist das Mädchen Lotte Bischof bereits tot, aber noch immer beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit dem als mysteriös bezeichneten Fall.

„Der Vorfalle schließt den Verdacht eines Verbrechens in sich“, ist die Ansicht des Mannheimer Landtagsabgeordneten Angstmann, der den württemberg-badischen Landtag über die Eingabe des in Hundheim-Wertheim lebenden Rentners Albin Bischof unterrichtete.

Der braune Mexikaner

Im Sommer 1945 hatte Lotte Bischof den US-Soldaten Remigia Saldana kennengelernt. Lotte Bischof wurde sein GIRLFRIEND, reiste mit ihm nach Frankfurt, Würzburg, Mannheim und Schwab. Hall. Vater Bischof behauptete, dies sei gegen seinen Willen gewesen.

Tot auf der Landstraße

Zwölf Tage später lief in der Mittagsstunde bei der Mannheimer Kriminalpolizei die Meldung ein, im Städt. Krankenhaus sei gegen 11 Uhr von US-Soldaten die Leiche eines Mädchens abgegeben worden. Die Tote war Lotte Bischof. Weitere Auskunft gab die amerikanische Sicherheitspolizei.

Die Ansicht der Polizei

„Als ich nach der Sektion die Leiche meiner Tochter sah und weder an ihrem Gesicht noch an den Händen Hautabschürfungen entdecken konnte, stand für mich fest, daß ein Verbrechen geschehen war“, sagt Albin Bischof auch heute noch.

getressen genagt und sich in Lottes Zimmer verborgen gehalten. Dort habe man ihn und Lotte verhaftet.

„Wenn auch nur der leiseste Verdacht auf einen gewaltsamen Tod des Mädchens Lotte Bischof bestanden hätte, wäre von mir sofort Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erfolgt“, versicherte der Mannheimer Kriminaldirektor Rister.

Zwei Jahre Gefängnis im Mäuse-Prozess

Gießen (UP). Im Mäuse-Prozess vor dem Landgericht Gießen wurde der 31 Jahre alte Kaufmann und Steuerhelfer Richard Leisten aus Nonnenroth (Kreis Gießen) wegen fortgesetzten Betruges zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Heuss zeichnete Seemänner aus

Bremen (UP). Bundespräsident Heuss weihte in Bremen eine neue Slip-Anlage für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger ein.

Drei Monate Gefängnis für Feitenhansl

München (UP). Der Gründer der „Vaterländischen Union“, Karl Feitenhansl, wurde wegen „Irrführung der Behörden durch Vorführung einer Straftat“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Folgen der Rüstungskonjunktur

Feststellungen der UN-Wirtschaftskommission

Alles in allem gesehen hat die Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft bisher mehr Nutzen als Schaden gebracht, heißt es in einem von der Europäischen Wirtschaftskommission der UN (ECE) veröffentlichten Bericht über die Entwicklung Europas im Jahre 1951.

Sowohl Osteuropa mit seinen Planwirtschaften wie auch Westeuropa seien von einer Inflation befallen. Abgesehen von der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, wo die Lebenshaltungskosten einigermaßen stabil geblieben seien, habe sich Osteuropa nicht gegen die Inflation schützen können.

Nach den Angaben der ECE lag der Anteil der Verteidigungskosten in der Bundesrepublik (einschließlich Besatzungskosten), in Großbritannien und Belgien im vergangenen Jahre bei zwei bis zweieinhalb Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 1950.

Der Brite ißt mehr als der Deutsche

ECE veröffentlicht aufschlußreiche Statistik

Trotz der verschiedenen Austerität-Programme ist der Durchschnittsbrite besser als etwa der Deutsche oder Franzose. Dies ist den von der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) veröffentlichten Zahlen über den durchschnittlichen Lebensmittelverbrauch pro Kopf der Bevölkerung zu entnehmen.

Den größten Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung und Jahr hat der ECE zufolge Dänemark (67 kg). Die rechnerisch größte Kalorienzahl erhält der Ire mit 3 400 Kalorien pro Tag, gefolgt von der Schweiz (3 300).

Deutscher Baumwollbedarf nicht gedeckt

Der Bundesrepublik sind im Baumwollwirtschaftsjahr 1951/52 bisher Dollarreserven für die Einfuhr von 375 000 Ballen Baumwolle aus den USA zur Verfügung gestellt worden.



Copyright by Carl Dunker, Berlin, durch Verlag v. Grabeg & Görg, Wiesbaden

(28. Fortsetzung)

Riedler ließ ihm Zeit, sich zu sammeln. Dann begann er von neuem. „Wissen Sie vielleicht, was der Weinreisende Thiele für Drohungen gegen Dr. Holten ausgesprochen hat?“

„Was sollte Thiele gegen Holten gehabt haben? Wenn dieser Mensch überhaupt mit Dr. Holten zusammengekommen ist, so geschah es nur meinetwegen. Das ist doch jetzt klar, Thomas Holten hat viel für mich getan.“

„Weil er Thiele die Ausschnitte abgekauft hat?“

„Selbstverständlich wollte Holten mir Unannehmlichkeiten ersparen.“

„Was äußerte denn Thiele, als er Sie vor dem Zirkus aufsuchte? Es müssen doch peinliche Dinge gewesen sein, die Sie so in Zorn brachten, daß Sie ihn mit dem Reitstock bedrohten.“

„Ach — Thiele! Er wollte mir irgendeinen Klatsch über Dr. Holten erzählen. Ich ließ ihn gar nicht zu Worte kommen. Denunzianten existieren nicht für mich.“

„Können Sie sich daran erinnern, wann Sie Ihren Reitstock vermißten?“

„Erst als ich auf Fustanella im Sattel saß. Ich sagte meinem Kutscher, er solle mir den Reitstock hinaufreichen, aber fast im gleichen Atemzug fiel mir ein, daß ich ihn im Rundgang hatte stehen lassen, als...“

„Als Sie den Brief von Fräulein Falck bekamen“, vollendete Riedler den Satz.

„Feinlich berührt nickte Peter. „Ja, als mein Kutscher mir den Brief brachte, stellte ich den Reitstock an die Wand. Ich brauchte ja beide Hände, um den Brief zu öffnen.“

„Nun, solchen Reitstock klemmt man aber doch meistens unter den Arm, nicht wahr?“

„Der Reitstock ist ein außergewöhnlich schweres Stück. Ich stellte ihn an die Wand.“

Der Kriminalrat erhob sich und reichte Breest die Hand über den Schreibtisch hinweg. „Die Erledigung der Formalitäten wird noch etwas dauern, Herr Breest. Ich hoffe aber, daß Sie noch heute aus der Untersuchungshaft entlassen werden können.“

„Gewiß. Ich beschleunige Ihre Entlassung nach Möglichkeit.“

Nachdem Peter Breest das Amtszimmer verlassen hatte, ging Riedler zum Tisch des Protokollführers und nahm die Aussagen Peter Breests und Holstens an sich, um sie miteinander zu vergleichen.

„Ich habe Orlando und Cestnick entlassen, Lenk. Der Mixer Kurt Geisselbrecht bleibt weiterhin unter Bewachung. Die Aussage der Barfrau Alette Edzard war recht mager, Lenk.“

„Ja, Herr Rat. Sie wußte nicht mehr. Sie will keinen Streit zwischen Thiele und Geisselbrecht bemerkt haben. Auch die Vermutung, daß die beiden Rivalen bei Frau Spiekermann waren, lehnte sie ab. Knauer hat auch nichts Rechtes beigebracht, obwohl er im Hotel Spiekermann wohnt. Gestern sagte er, das Verhältnis zwischen Geisselbrecht und der Frau sei sogar recht unfreundlich.“

„Auf alle Fälle bleibt Knauer dort. Er soll gut aufpassen. Die Aussage der Alette Edzard gefällt mir gar nicht. Sie hätten da mehr rausgeholt müssen, Lenk.“

„Etwas gekränkt zog der Assistent die Schultern hoch. „Sie hat ausgesagt, was sie weiß, davon bin ich überzeugt.“

Riedler entließ seinen Assistenten. Dann neigte er sich wieder über die Schreibtischplatte und nahm den Aktendeckel, in dem seine persönlichen Notizen lagen, in die Hand.

„Mit rascher Hand schrieb er unter diese Liste: „Dr. Thomas Holten“ und unterstrich den Namen Holten zweimal!“

„Ich irre mich nicht, dachte er, man muß nur herausbekommen, woher Thiele erfahren hat, was sich in Neapel zwischen Holten und Breest abgespielt hat. Es wird nicht ganz einfach sein, denn nicht einmal Peter Breest scheint die wirklichen Zusammenhänge zu kennen.“

„Es war schon dunkel im Zimmer, als der Beamte klopfte, um Riedler die Entlassungspapiere für den Zirkusreiter Orlando und den Kutscher Anton Cestnick vorzulegen.“

XVII. Die Sonne lag strahlend auf dem mächtigen Zeit. Es schien wie von innen durchleuchtet. Sonnenstrahlen tanzten im Hauptgang, dessen Ueberdachung zurückgeschoben war.

Der ganze weite Platz um den Zirkus war von der Heiterkeit dieses Frühlingstages angesteckt. Am meisten beglückte die Sonne und Wärme die Tiere. Sie stampften und scharrten. Wenn ein Futtermischer durch den Stall ging, drehten sie die Häuse und wieherten. Das kleine Pony „Schusterle“ galoppierte, frei aller Fesseln, herum und biß spielerisch nach den Hunden, die sich vor dem Stalle sonnten.

Der ganze Zirkus hatte ein anderes Aussehen bekommen, als habe jeder und jedes teil an der freudigen Botschaft, die sich gestern nacht wie ein Lauffeuer verbreitet hatte. Orlando und Cestnick waren entlassen! Die Polizei hatte erkannt, daß es kein Artist gewesen war, der den Mord verübte!

Sieht es nicht ganz so aus, als habe er lauter bunte Vögel in seiner Hand, die er in die Lüfte fliegen läßt, und die doch wieder zu ihm zurückkehren wollen? — dachte die kleine, zarte Jetta und konnte keinen Blick von dem

jungen Jongleur Björn Ericson wenden, der in der Manege stand und probierte. Er war telegraphisch engagiert worden, weil die Schimpansin Lene nicht auftreten konnte und weil die Ritze Orlando hatten ausfallen müssen.

Jetta war von diesem schlanken, blonden Menschen bezaubert. Sie war nach ihrer Nummer nicht wie sonst in die Garderobe gelaufen, sondern hatte sich in den Eingang gestellt und zugehört, wie Ericson, auf einem schlappen Drahtseil balancierend, seine Bälle durch die Luft wirbeln ließ.

Nachmittags hatte sie schon mit ihm geplaudert und ganz vergessen, daß ihr der Zwerg Willi das neue Liederalbum zeigen wollte, in dem so schöne, traurige Weisen standen.

Jetzt trat Ericson an den roten Ring. „Nun nehme ich noch einen Ball mehr!“ rief er in gebrochenem Deutsch zu der schlankgliedrigen Jetta hinüber. „Es sein sehr schwer. Ich kann es nicht vorführen, ich muß es noch probieren.“

Rastelli hat es gekannt, ich muß noch üben!“

„Du wirst es lernen“, versicherte Jetta eifrig. „Zeig mir doch mal die Bälle. Ich möchte auch jonglieren.“

Der junge Mensch mit dem weißblonden Haar, dem schmalen Gesicht und den blauen, sieghaften Augen lachte. „Ob — deine Nummer sein wunderbar. Du bist eine Kanone. Ich bin nur eine Füllnummer, wie man so sagt. Aber wenn ich das kann, bin ich auch eine Attraktion.“

Geschick sprang er über ein Springtau, seine Gelenke federten. „Immer üben!“ Er warf verliebte Blicke in Jettas liebliches Gesicht.

Der Zwerg Willi hockte neben der Loge sechs. Da war ein Platz, der ihn gut vor allen Blicken verbarg und von dem aus er doch alles beobachten konnte. Der schwere Kopf schien immer wieder auf die Brust herabsinken zu wollen.

Sie hatte sich in den Jongleur verliebt; er fühlte es und hatte gar kein Empfinden bei dem Gedanken, nur eine völlige Leere in seinem Herzen, als sei es ohne jedes Leben. Ich darf mich nicht darüber wundern. Was hat er für eine schöne Gestalt. Wie eine Gerte...“

(Fortsetzung folgt)

Umschau in Karlsruhe

Ehrenurkunde für 14jährige Lebensretterin
 Karlsruhe (Isw). Ministerpräsident Dr. Maier hat durch Bürgermeister Heurich die 14jährige Oberschülerin Ursula Stetter aus Karlsruhe eine Ehrenurkunde für die Errettung einer gleichaltrigen Schülerin überreicht lassen. Die 14jährige Schülerin hatte im Sommer vergangenen Jahres unter Einsatz ihres eigenen Lebens, eine gleichaltrige Schülerin im Schwimmbad Langensteinbach aus einer 3½ Meter tiefen Stelle des Bades vor dem sicheren Tode des Ertrinkens gerettet.

Kein Warnstreik in Karlsruhe
 Karlsruhe (Isw). Der in einigen Karlsruher Metallbetrieben angekündigte Warnstreik fand nicht statt. Mit dem Streik sollte gegen einen deutschen Wehrbeitrag demonstriert werden. Auch in dem Karlsruher Werk Junker und Ruh erschienen die Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen. Wie vom Ortsausschuß der Industriegewerkschaft Karlsruhe dazu mitgeteilt wird, hat dieser den „Warnstreik“ abgelehnt.

Arbeitsüberlastung in der Finanzverwaltung
 Karlsruhe (Isw). Der Rechnungshof Württemberg-Baden stellt in seinem veröffentlichten Prüfungsbericht für das Haushaltsjahr 1949 fest, daß die gesamte Finanzverwaltung des Landes auch heute erheblich überlastet ist. Der Rechnungshof führt diese bei einer Prüfung im Rechnungsjahr 1950/51 festgestellte Arbeitsüberlastung nicht allein auf die ungewöhnliche Erweiterung der Aufgaben der Finanzämter und die zahlenmäßige Zunahme der Steuerfälle, sondern in großem Umfang auch auf die immer verwickelter werdende Steuergesetzgebung zurück. Die durch die Bearbeitung der neuen Gesetze, Durchführungsverordnungen, Richtlinien und Vergütungen erwachsene Mehrbelastung habe dazu geführt, daß für die wirkliche Veranlagungsgeschäft vielfach nur wenige Stunden

Hohe Strafen für Kabeldiebe
Zwölfköpfige Bande versuchte für 100 000 DM Schaden

Karlsruhe (Isw). Die Erste Strafkammer Karlsruhe verurteilte eine zwölfköpfige Kabeldiebes- und Hehlerbande zu hohen Zuchthausstrafen. Wegen 24 vollendeter Diebstähle und gewerbmäßiger Hehlerlei verurteilte das Gericht die Hauptangeklagten Kiefer, Karlsruhe und Ballas, Stuttgart, zu vier bzw. drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus. Der Mitangeklagte Schöffel, Karlsruhe, erhielt zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus, während das Gericht gegen Maria, die Frau des Hauptangeklagten Kiefer, zwei Jahre sechs Monate Gefängnis aussprach. Ferner verhängte das Gericht gegen acht weitere Angeklagte Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu zwei Jahren.

Die Verurteilten hatten im vergangenen Jahr in zahlreichen Diebsfahrten in Südwestdeutschland Strom- und Fernsprechleitungen abmontiert und die hierbei gewonnenen Kupferkabel als Altmittel verkauft. Der durch diese Diebsfahrten entstandene Schaden ist auf über 100 000 DM geschätzt worden. Die Diebsfahrten führte die zwölfköpfige Bande nach Pforzheim, Freudenstadt, Offenburg, Lahr, Herrenberg, Heilbronn und Mannheim.

Werk- und Behördenhandel verboten

Karlsruhe (Isw). Nach einem Beschluß des Karlsruher Stadtrates ist künftig in den städtischen Betrieben der Werk- und Behördenhandel verboten. Eine Ausnahme bilden ausgesprochene Arbeitskleider, die auf dem Wege der Sammelbestellung von den städtischen Bediensteten bezogen werden können.

Karlsruhe. Aus Anlaß des Todestages des ehemaligen Landesverwaltungspräsidenten von Nordbaden, Dr. Köhler, legte der geschäftsführende Landesverwaltungspräsident, Wirtschaftsminister Dr. Veit, einen Kranz am Grabe des Verstorbenen nieder. (ZSI)

Aus der badischen Heimat

Außerordentliche Sitzung der DG-BHE
 Heidelberg (Isw). Die DG-BHE Nordbadens wird am kommenden Wochenende in Heidelberg eine außerordentliche Sitzung abhalten. Der Vorsitzende des Landesverbandes



Motorrad mit „Ausieger“
 Ein Arbeiter aus Hahn im Odenwald, der auch im Winter bei verschneiten Straßen nicht auf sein Motorrad als Fortbewegungsmittel verzichten kann, hat für sich und zwei Kollegen „Ausieger“ konstruiert, die ein Schleudern auf schneebedeckter Straße verhindern.

Fall Kaufmann kommt vor das Kabinett

Eine Stellungnahme des Ministerpräsidenten

Stuttgart (Isw). Der Antrag der CDU-Fraktion des württemberg-badischen Landtags an den Ministerpräsidenten, den zur DVP übergetretenen früheren CDU-Abgeordneten Dr. Kaufmann aus dem südwestdeutschen Ministerrat zurückzuziehen und dafür eine von der CDU zu benennende Persönlichkeit in den Rat aufzunehmen, wird dem Landeskabinett vorgelegt und von ihm beraten werden. Dies teilte Ministerpräsident Dr. Maier dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Wiedemeier, in einem Schreiben mit.

In einer persönlichen Bemerkung betonte Dr. Maier, daß die Anregung, Dr. Kaufmann in den Ministerrat zu ernennen, von verschiedenen Seiten, unter anderem auch von Wiedemeier selbst, ausgegangen sei. In der entscheidenden Besprechung am 21. Dezember hätten jedoch Landesvorsitzender Simpfendorfer sowie Wiedemeier überraschenderweise plötzlich den Karlsruher Stadtkämmerer Dr. Gurk genannt. Erst nachträglich habe Simpfendorfer telefonisch mitgeteilt, daß die Benennung Dr. Gurks nicht eine Ablehnung Dr. Kaufmanns bedeute. Dr. Kaufmann, schreibt der Ministerpräsident, sei vor allem wegen seines unentwegten und überzeugungstreuen Eintretens für die Bildung des Südweststaates in den Ministerrat berufen worden. Völlig verändert habe sich die Sachlage durch das Eintreten von fast sämtlichen CDU-Bundestagsabgeordneten von Württemberg-Baden für die südbadische Gesetzesnovelle im Bundestag, die die Bildung des Südweststaates verzögern sollte. Nur zwei CDU-Abgeordnete Nordwürttembergs hätten sich bei der Abstimmung eindeutig von der Novelle distanziert. Mit dieser weitgehenden sichtbaren Abstimmung scheine die CDU von Nordbaden und Nordwürttemberg ihre frühere entscheidende, auf das neue Bundesland zustrebende Linie verlassen zu haben.

Sieben Parteien in Südbaden

Freiburg (Isw). An der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung für den Südweststaat am 9. März werden sich in Südbaden bis jetzt sieben Parteien mit eigenen Kandidaten beteiligen. Neben den im südbadischen Landtag vertretenen vier Parteien CDU, SPD, FDP und KPD werden sich jetzt zum ersten Mal auch das im Dezember neugegründete Badische Zentrum, ferner die „Sammlung zur Tat, unabhängige Partei“ (Partei block der „Europa-Partei“, „Sammlung zur Tat“ und Gruppen der „Freien Wähler“) sowie der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) mit eigenen Kandidaten an der Wahl beteiligen. Die in Freiburg im vergangenen Herbst gegründete „Junge Gene-

der vertriebenen Deutschen in Nordbaden, Dr. Bartunek, teilte mit, daß sich die Delegierten der Spaltung der DG-BHE in Nordwürttemberg befassen werden.

Klage gegen das Spielbankverbot

Heidelberg (Isw). Der Stadtrat von Heidelberg wird demnächst darüber beschließen, ob er gegen das vom Landtag in Stuttgart am 9. Januar verabschiedete Gesetz über das Verbot von Spielbanken in Württemberg-Baden beim Bundesverfassungsgericht Klage erheben soll. Der Heidelberger Staatsrechtler, Professor Dr. Jellinek, der im Auftrag der Stadtverwaltung von Heidelberg ein Rechtsgutachten vorgelegt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß das Gesetz rechtmäßig sei. Auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Höpker-Aschoff, hatte Ende Januar die Auffassung vertreten, daß für Gesetze über die Errichtung oder das Verbot öffentlicher Spielbanken der Bund zuständig sei.

Geprellt — und wieder geprellt

Mannheim (Irp). Kürzlich wurde eine Frau in Ludwigshafen zum zweiten Mal bestohlen, obwohl sie bereits tags zuvor einer Zigeunerin auf den Leim gegangen war. Die erste Zigeunerin hatte, wie die Polizei mitteilte, Handarbeitstaschen angeboten. Während die Frau sich umwandte, um Geld aus einem Schrank zu holen, stahl die Zigeunerin 50 DM aus der Handtasche der Hausfrau und ließ außerdem zwei Damastbezüge, die frischgebügelt auf einem Stuhl lagen, mit artistischer Fertigkeit in ihrer Tasche verschwinden. Die Hausfrau zahlte und hörte sich außerdem noch die Klagen der „notleidenden“ Zigeunerin an. Eine D-Mark gab sie ihr zum Trost noch mit. Tags darauf wurde die Frau von einer anderen Zigeunerin aufgesucht. Auch diese hielt Handarbeitstaschen feil. Diesmal wollte die Frau nicht auf den Handel eingehen. Schließlich ließ sie sich doch überreden. Von ihrem Vater borgte sie 25 DM um der „armen“ Zigeunerin zu helfen. Dabei erzählte sie der Dunkelhütigen den Verlust des Vortages. Beim Erzählen begann sie zu weinen und ging zur Kommode, um sich ein Taschentuch zu nehmen. Währenddessen lief die Zigeunerin 25 DM verschwinden, die offer auf dem Tisch gelegen hatten.

Volksabstimmung über Wehrbeitrag gefordert

Mannheim (Isw). Eine Volksabstimmung für den Wehrbeitrag forderte die Delegiertenversammlung des Ortsausschusses Mannheim des DGB in einer Entschließung. Ferner wurde verlangt, daß gemeinsam mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf eine Abrüstung im Osten und im Westen hingearbeitet werde. In der Entschließung heißt es, ein hoher Lebensstandard sei eine bessere Garantie für den Frieden als Panzerdivisionen.

Taxi-Mord noch nicht geklärt

Mannheim (Isw). Der Mord an dem Mannheimer Taxifahrer Emil Bauer konnte noch immer nicht geklärt werden. Die Mann-

heimer Kriminalpolizei forderte wiederholt die Bevölkerung auf, mitzuhelfen, einen 10- bis 14jährigen Jungen zu ermitteln, der am Mordtag, dem 13. Januar dieses Jahres, im Lindenhofgebiet einen Hammer gefunden haben soll. — Die Sammlung für die Witwe und die fünf Kinder des verstorbenen Taxifahrers hat 2252 DM ergeben. Die Sammlung war von dem 13jährigen Mannheimer Schüler Rathmann angeregt worden. Die gesammelte Summe setzt sich hauptsächlich aus kleinen Beträgen zusammen.

„Internationale“ Schlägerei in Mannheim

Mannheim (Isw). Zu einer „internationalen“ Schlägerei kam es in einem Mannheimer Stadtteil. Aus bisher unbekannter Ursache schlugen sich Deutsche, Amerikaner und Zigeuner. Beim Eintreffen der Polizei hatten sich die Beteiligten bereits verzogen, lediglich einige Verletzte mußten vom Kampfplatz in das Krankenhaus gebracht werden.

Explosion in einer Küche

Mannheim (Isw). In der Küche eines Mannheimer Haushaltes ereignete sich eine Explosion, durch die ein Brand entstand, der einen erheblichen Sachschaden verursachte. Nach Angaben der Polizei ist die Explosion darauf zurückzuführen, daß die Hausfrau mit Waschbenzin zu nahe an eine brennende Gasflamme kam, worauf sich das Benzin entzündete.

Der jüngste Polizeidiener

Fahrenbach, Landkreis Moshach (Isw). Seit einigen Tagen vertritt der 12jährige Sohn des hiesigen Polizeidienern seinen Vater, der sich einer Operation unterziehen mußte. Mit viel Courage und großer Lautstärke verkündet der Junge die Bekanntmachungen der Gemeinde und seine Schulkameraden nehmen in Anbetracht der „Respektperson“ einigen Abstand, wenn er beim Ausschleichen dienstlich durchs Dorf schreitet.

Wer soll die Spritzbrühe bezahlen?

Dossenheim (Isw). Die Obstbaubesitzer im Landkreis Heidelberg tragen sich mit dem Gedanken, das Verwaltungsgericht darüber entscheiden zu lassen, ob der Staat die von den Obstbauern bezahlten Gebühren für die zur Bekämpfung der San-José-Schildlaus gelieferte Spritzbrühe zurückzahlen muß. Nachdem die Obstbauern bereits einen Teil der Gelder an das Landwirtschaftsministerium in Stuttgart abgeführt hatten, beschloß der Landtag, die Gebühren künftig nicht mehr zu erheben. Die Obstbaubesitzer fordern nun ihr Geld zurück.

Metalldiebstähle bei Freudenberg

Weinheim (Isw). Zu vier Monaten und drei Wochen Gefängnis verurteilte das Amtsgericht Weinheim den 40jährigen Rohr aus Birkenau bei Weinheim, weil er in der Zeit von Mai bis September des vergangenen Jah-

res in seiner Eigenschaft als Materialverwalter bei dem Leder-Industriebetrieb Freudenberg 90 kg Buntmetall entwendete und unter falschem Namen weiterverkauft. Bei fast allen Buntmetall Diebstählen, die vor dem Amts- oder Schöffengericht Weinheim abgeurteilt werden, handelt es sich um Werkstoffstähle bei der Firma Freudenberg.

Überall marschieren Deutsche

Weinheim (Isw). Dr. Artzinger, vorstandsmitglied der CDU des Landkreises Mannheim, erklärte bei einem Ausspracheabend in Weinheim, er habe zuverlässige Informationen darüber, daß 40 Prozent der französischen Streitkräfte in Indochina deutsche Fremdenlegionäre seien. Darüber hinaus marschieren auch in der Arabischen Legion, in Argentinien, Spanien und Sowjetrußland deutsche Soldaten. Mitten in Deutschland befinden sich Werbebüros für die Streitkräfte dieser Staaten. Dies sei möglich, weil das Anwerbeverbot des Strafgesetzbuches durch den alliierten Kontrollrat aufgehoben worden sei.

Offersheim. Ein eigenes Oberlandesgericht und eine eigene Eisenbahndirektion für Baden forderte Landrat und CDU-Landtagsabgeordneter Dr. Gaa auf einer Versammlung in Offersheim bei Schwetzingen. (Isw)

Schwetzingen. Die Schwetzingener Festspiele 1952, die aus Anlaß des 200jährigen Bestehens des Rokoko-Theaters vom Süddeutschen Rundfunk veranstaltet werden, finden vom 28. Juni bis 6. Juli statt. (Isw)

Heidelberg. Eine Solidaritätsversammlung zugunsten der Ostzonenstudenten veranstaltete die Universität Heidelberg vom 11. bis 13. Februar. (Isw)

Sinsheim. Nach der Auflösung der US-Zivilverwaltung in Sinsheim werden Versprechen in öffentlichen Angelegenheiten vom Public Affairs Office in Karlsruhe erledigt. (Isw)

Sinsheim (Isw). Durch den plötzlichen starken Schneefall müssen immer mehr Notstandsarbeiten in Sinsheim stillgelegt werden. So wuchs die Arbeitslosenzahl von 3645 am 28. Januar auf über 4100 an. Der Anteil der Neubürger an der Gesamtzahl beträgt 54 Prozent. Im Gegensatz zu früheren Jahren entlassen auch die größeren Landwirtschaftsbetriebe verschiedentlich sogar ihre Stammarbeiter.

Hessen bezahlt für „Schul-Grenzgänger“

Heppenheim (Isw). Der hessische Kultusminister Dr. Metzger hat dem Landrat des Kreises Bergstraße, Dr. Lommel, mitgeteilt, das Land Hessen werde künftig die Bezahlung des Schulgeldes für Schüler, die höhere Schulen in Baden besuchen, übernehmen. Voraussetzung dafür sei jedoch, daß der Anmarschweg zu höheren Schulen in Hessen für die Kinder zu weit ist. Der Minister teile ferner mit, daß eine Rückzahlung des seit dem 1. Oktober 1950 an badische höhere Schulen bezahlten Schulgeldes beabsichtigt sei.

Eine nicht alltägliche Freundschaft

Wertheim (Isw). Ausgerechnet mit einem Wiesel schlossen einige Hühner in einem Ort in der Nähe von Wertheim Freundschaft. Seltsamerweise hielt sich auch der kleine Räuber an die offenbar getroffenen „Abmachungen“. Das Federvieh legte die Eier und das Pelztier durfte sie dann mit Genuß aussaugen. Der Landwirt kam bald dahinter und machte dem netten Zusammenleben ein Ende.

Bezahlung nach Leichengröße

Hornberg/Baden (Isw). Der Stadtrat von Hornberg hat die Totengrübergebühren für außergewöhnliche Sarggrößen erhöht. Für Särge in der normalen Größe belaufen sich die Gebühren künftig auf 15 DM, für „Sarg-Übergrößen“ 30 DM.

Produktionsrückgang bei der Tabakindustrie

Baden-Baden (Isw). Nach dem Weihnachtsgeschäft sind die Produktion und Umsätze bei der mittelbadischen Tabakindustrie stark gesunken. Nach einer Mitteilung der Arbeitsgemeinschaft der badischen Industrie- und Handelskammern hat eine große Anzahl von Betrieben bereits Anträge auf Kurzarbeiterunterstützung gestellt. In nächster Zeit könne allerdings wieder mit einer normalen Entwicklung gerechnet werden, heißt es in der Mitteilung weiter.



Narrentreffen in Rotteburg
 Über 40 Narrenzünfte mit 17 Musikkapellen aus Südwestdeutschland nahmen in Rotteburg an einem schubösisch-alemannischen Narrentreffen teil. Unser Bild zeigt eine Villingener Maskengruppe.

Unser Rundfunk

VON SONNTAG, 10. FEBRUAR 1952

BIS SAMSTAG, 16. FEBRUAR 1952

Sonntag, den 10. Februar 1952

- 8.45 Kathol. Morgenfeier
10.00 Melodien am Sonntagmorgen
12.00 Robert Schumann

Montag, den 11. Februar 1952

- 7.00 Evangel. Andacht
8.00 Frauenfunk
9.15 Melodien am Morgen

Dienstag, den 12. Februar 1952

- 7.00 Evangel. Andacht
8.15 Melodien am Morgen
9.15 Unterhaltungsmusik

SUDEUTSCHER RUNDFUNK

Radio Stuttgart 828 m - 575 kHz

- Gleichbleibende Sendungen
Nachr. 5.20 (W), 6.55 (W), 8.55 (W)
Landfunk: 6.00 (So), 8.05 (W), 11.45 (Di, Mi, Do, Sa)

Mittwoch, den 13. Februar 1952

- 7.00 Evangel. Andacht
8.15 Melodien am Morgen
9.15 Nachtmusik

Donnerstag, den 14. Februar 1952

- 7.00 Evangel. Andacht
8.15 Melodien am Morgen
9.15 Unterhaltungsmusik

Freitag, den 15. Februar 1952

- 7.00 Altkathol. Andacht
8.15 Melodien am Morgen
9.15 Klaviermusik

Samstag, den 16. Februar 1952

- 8.15 Melodien am Morgen
9.15 Unterhaltungsmusik
10.15 Volkslieder

Sonntag, den 10. Februar 1952

- 12.00 Sang und Klang
13.00 Ein bibl. Rhythmus
14.30 Gern gehört

Montag, den 11. Februar 1952

- 12.00 Orchester Hagstedt
13.00 Fränk. Landesorch.
14.30 Sünden nach Tisch

Dienstag, den 12. Februar 1952

- 12.00 Mittagskonzert
13.00 Unterhaltungskonzert
14.30 Musikal. Dessert

VON ANDEREN SENDERN

Bayerischer Rundfunk (BR) - 312,00 m. KW - 48,70 m
Hessischer Rundfunk (HR) - 208,47 m. KW - 49,00 m
Nordwest Rundfunk (NR) - 309,00 m. KW - 41,15 m

- Gleichbleibende Sendungen
Bayerischer Rundfunk
Nachrichten: 6.00 (W), 7.00 (Sa), 8.00 (W), 9.00 (So), 10.00 (Di)

Mittwoch, den 13. Februar 1952

- 12.00 Orchester Hagstedt
13.00 Operkonzert
14.30 Tanzmusik

Donnerstag, den 14. Februar 1952

- 12.00 Rundfunkorchester
13.00 NWDR-Orchester
14.30 Hans Bond spielt

Freitag, den 15. Februar 1952

- 13.00 Musikaliches Dessert
13.10 Nürnberger Kapellen
13.20 Musik am Mittag

Samstag, den 16. Februar 1952

- 12.00 Fränk. Landesorch.
13.00 Musik zur Unterhaltung
14.00 Größe aus Hamburg

Sonntag, den 10. Februar 1952

- 8.30 Evangelische Morgenfeier
9.15 Katholische Morgenfeier
9.45 Christl. Morgenstern

Montag, den 11. Februar 1952

- 6.30 Evangelische Morgenfeier
7.30 Musik am Morgen
8.40 Musikalisches Intermezzo

Dienstag, den 12. Februar 1952

- 6.50 Katholische Morgenandacht
7.30 Musik am Morgen
8.40 Musikalisches Intermezzo

SÜDWESTFUNK

Baden-Baden und Freiburg - 363 m
Rheinsender 295 m - Reutlingen 195 m

- Gleichbleibende Sendungen
Sendebeginn: 6.00 (W), 7.00 (So), 8.30 (W), 12.45 (W), 22.00 (So)

Mittwoch, den 13. Februar 1952

- 6.50 Evangelische Morgenandacht
7.30 Musik am Morgen
8.40 Musikalisches Intermezzo

Donnerstag, den 14. Februar 1952

- 6.30 Kathol. Morgenandacht
7.30 Musik am Morgen
8.40 Musikalisches Intermezzo

Freitag, den 15. Februar 1952

- 6.30 Evangelische Morgenandacht
7.30 Musik am Morgen
8.40 Musikalisches Intermezzo

Samstag, den 16. Februar 1952

- 6.50 Katholische Morgenandacht
7.30 Musik am Morgen
8.40 Musikalisches Intermezzo

Bruchsal. Die SPD des Kreises Bruchsal hat den Gewerkschaftssekretär Paul Ackermann...

Großherzogin Hilda schwer erkrankt

Freiburg (Sw). Die in Badenweiler lebende Großherzogin Hilda von Baden ist dieser Tage schwer erkrankt...

Villingen. Zwischen Villingen und Marbach...

Villingen. Zwischen Villingen und Marbach wurde ein 23jähriger Bahnarbeiter beim Reinigen der Weichen...

Freiburg. Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche...

Freiburg. Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D. Dibelius...

Badenweiler erreichte Vorkriegsfrequenz

Badenweiler/Schwarzwald (Sw). Badenweiler, das südlichste Thermalheilbad Deutschlands...

hinter denen der Spitzenjahre der Vorkriegszeit zurück liegen...

Aus den Nachbarländern

Bosch-Belegschaft protestiert

Stuttgart (Sw). Gegen die von der alliierten Kartellierungs- und Entflechtungsbehörde...

Produktions-Steigerung um 19 Prozent

Für die gesamte industrielle Produktion der Bundesrepublik...

Import-Überschuß 1951: 100 Mill. DM

1950 waren es noch 3 000 Millionen. Die Bundesrepublik, einschließlich Westberlin...

Die wirtschaftliche Entwicklung 1951

Für die gesamte industrielle Produktion der Bundesrepublik...

neue Produktion (einschließlich Bau) erreichte im Dezember 1951...

Import-Überschuß 1951: 100 Mill. DM

1950 waren es noch 3 000 Millionen. Die Bundesrepublik, einschließlich Westberlin...

Die wirtschaftliche Entwicklung 1951

Für die gesamte industrielle Produktion der Bundesrepublik...

Produktions-Steigerung um 19 Prozent

Für die gesamte industrielle Produktion der Bundesrepublik...

Import-Überschuß 1951: 100 Mill. DM

1950 waren es noch 3 000 Millionen. Die Bundesrepublik, einschließlich Westberlin...

Aus der Stadt Ettlingen

Herunter mit den Gemeindesteuern!

Förderung des „Bundes der Steuerzahler“
Der Wiederaufbau- und Nachholbedarf der Städte ist noch immer groß. Das ist nicht zu leugnen. Hierfür kommt ihnen die Ertragssteigerung der Gewerbesteuer sehr zustatten. Diese beträgt nach einer Berechnung des „Bundes der Steuerzahler“ durchschnittlich 70 Prozent mehr als 1949 (20 bis 25 Prozent höheres Veranlagungs-soll und 45 bis 50 Prozent Nachzahlungen für 1 Jahre auf dieses höhere Veranlagungs-soll). 1952 fallen zwar die Nachzahlungen fort, aber die 10- bis 25prozentige Steigerung bleibt bestehen, und hierzu wird noch eine Steigerung von 30 bis 40 Prozent dadurch treten, daß nach Schätzung des Statistischen Bundesamtes die Produktionssteigerung der gewerblichen Wirtschaft im Jahre 1951 etwa 40 Prozent beträgt, was natürlich seinen Niederschlag in dem Gewerbesteuerertrag 1952 finden muß.

Die Städte neigen infolge des gesteigerten Steueraufkommens dazu, dieses Mehr gleich auszuschnüffeln für ihre großen kommunalpolitischen Probleme. Ob das richtig ist, ist eine andere Frage. Der Steuerzahler sieht dem mit gemischten Gefühlen entgegen. Steuern sollen den laufenden Bedarf decken, nicht aber den außerordentlichen Bedarf, der kommenden Geschlechtern zugute kommt und daher von ihnen mitgetragen werden soll durch Aufnahme von Anleihen.

Der „Bund der Steuerzahler“ wünscht daher, daß der Mehrertrag weitgehend zu Steuer-senkungen oder zur Rücklagenansammlung benutzt, nicht aber gleich verpulvert wird. Jetzt ist für die Städte die Gelegenheit da, endlich einmal eine Bresche in die überhohe Steuerlast zu legen und dabei doch den Wiederaufbau und die Schaffung von Neuem in dem gleichen Umfange wie in den letzten Jahren fortzusetzen. Welche Stadt wird mit einem guten Beispiel vorangehen?

Was macht die Seidenraupenzucht?

Von Landwirtschaftsrat Dr. Fried

Bekanntlich war die Seidenraupenzucht zur Zeit des Reichsnihrstandes aus bestimmten Gründen stark gefördert worden. Durch verschiedene Maßnahmen und Anordnungen war eine weitere Verbreitung erreicht worden. Die Verarbeitung der anfallenden Kokons geschah ausschließlich durch die Spinnhütte in Celle. Auf Grund einer Anordnung war diese Spinnhütte verpflichtet, sämtliche anfallenden inländischen Kokons zu verarbeiten. Neben anderen Ländern gab es auch in der Pfalz größere Maulbeerplantagen und somit eine starke Ausbreitung dieses Zweiges der Kleintierzucht.

Inzwischen hat sich die Lage wesentlich geändert. Die Seidenraupenzucht wird nur noch in wenigen Gebieten betrieben, insbesondere dort, wo die alten Maulbeerbestände noch ausgenutzt werden können. Die Aufrechterhaltung der Spinnhütte in Celle konnte nur noch mit hohen jährlichen Zuschüssen durchgeführt werden. Die Spinnhütte mußte jedoch aufrecht erhalten werden, da die alte Anordnung, die sie zur Annahme der anfallenden Kokons verpflichtete, weiterhin bestand. Diese Anordnung wurde in jüngster Zeit aufgehoben, womit gleichfalls auch die Verpflichtung der Annahme von Kokons entfällt. Dies hat zur Folge, daß zukünftig der Absatz der noch anfallenden Kokons in Frage gestellt ist.

Um zukünftig die noch mit der Seidenraupenzucht beschäftigten Kreise vor Verlusten zu schützen, die bei Nichtannahme der anfallenden Kokons durch die Spinnhütte auftreten müssen, wird deshalb künftig vor Beginn der Zuchtzeit von der Forschungsanstalt in Celle keine Brut für Seidenraupenzucht mehr ausgegeben werden. Alle diejenigen, die evtl. aus anderen Quellen Brut beziehen, werden damit rechnen müssen, daß die gesponnenen Kokons nicht absetzen sind. Zur Orientierung werden deshalb die vorstehenden Ausführungen zur Kenntnis gebracht.

Die Verteilung der Wirtschaftshilfe

Das Amt für gegenseitige Sicherheit der USA (MSA) berichtet, daß es in den ersten sieben Monaten des Finanzjahres 1951/52 insgesamt 798 Millionen Dollar als Wirtschaftshilfe an westeuropäische Staaten verteilt habe. Bis zum 31. Januar hatten davon erhalten: Frankreich 179 Millionen, Italien 132 Millionen, Griechenland 113 Millionen, Holland 100 Millionen, Österreich 78 Millionen, Jugoslawien 48 Millionen, Großbritannien 39 Millionen, Bundesrepublik 34 Millionen, Türkei 32 Millionen, Dänemark 9 Millionen, Norwegen 5 Millionen, Island 3 Millionen. Daneben wurden 42 Millionen Dollar für die Wiedererrichtung von Schiffen der Reserveflotte für den Dienst zwischen Europa und den USA aufgewendet. In den nächsten fünf Monaten stehen nun der MSA für Wirtschaftshilfe noch 231 Millionen Dollar zur Verfügung. Daneben hat die MSA Großbritannien zusätzlich 390 Millionen Dollar für Wirtschaftshilfe bereitgestellt.

Neuer Gemischregler wird vorgeführt

Die Firma Bleile-Aggregatebau, ein Spezialbetrieb für Vergasertechnik aus Stuttgart-Untertürkheim führt bis zum 16. Februar einen WB-Unterdruck-Gemischregler vor, der bei geringerem Treibstoffverbrauch bessere Leistungen und ruhigeren Lauf des Motors gewährt soll. Anfragen können bis 16. Februar an die Firma Bleile-Aggregate unter Ettlingen postlagernd eingereicht werden.

Bereins-Nachrichten

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Heute abend 20 Uhr Monatsversammlung im Gasthaus zur „Krone“.

Versammlung der Notgemeinschaft für den Frieden

In einer öffentlichen Versammlung der Notgemeinschaft für den Frieden Europas spricht Konteradmiral a. D. Ludwig Stummel (Worms) am Freitag, 8. Febr., 20 Uhr in der Aula des Realgymnasiums über das Thema „Schutz Deutschlands“. Anschließend ist Gelegenheit zu freier Diskussion gegeben.

Die G3 gratuliert

Franz K u h n, Thiebauthstr. 6, feiert heute die Vollendung seines 80. Lebensjahres.

Plakattafeln zur Landtagswahl

Die Stadtverwaltung Ettlingen hat an den SPD-Ortsverein Ettlingen folgendes Schreiben gerichtet:

Die Stadtverwaltung begrüßt den dortigen Entschluß, anlässlich der kommenden Wahl durch Ihre Partei Plakattafeln herstellen zu lassen, an denen der Plakatschlag der SPD erfolgen soll, um dadurch zu verhindern, daß weiterhin ein verbotswidriger Anschlag an Häusern, Mauern usw. geschieht. Zur Aufstellung Ihrer Plakattafeln stellt die Stadt folgende Plätze kostenlos zur Verfügung:

- a) Beim Kiosk Steuer gegenüber der Thiebauthschule.
b) Thiebauthplatz gegenüber der Post.
c) Eckplatz Alb- und Pforzheimer Straße.
d) Beim Sportplatz am Wasen.
e) Hohewiesensiedlung.

Es wird gebeten, mit der Aufstellung nicht vor dem 20. Februar 1952 zu beginnen; die Entfernung der Tafeln soll spätestens am 15. März 1952 erfolgen. Vor der Aufstellung wollen Sie sich noch mit dem Stadtbaumeister wegen der Anweisung der Plätze in Verbindung setzen. Diese Regelung soll bis auf weiteres bei allen künftigen Wahlen und Abstimmungen gelten.

Zu Ihrer gef. Unterrichtung ist Abschrift einer Gemeindeverordnung (Ortspolizeiliche Vorschrift) über das Plakatwesen vom 8. 11. 1912 beigelegt, die heute noch Gültigkeit hat.

Von diesem Schreiben erhielten Nachricht die CDU-Ortsgruppe, die DVP-Ortsgruppe, die DG-BHE Ettlingen und die Parteilose Wählervereinsigung. Dabei wird auf das Schreiben der Stadtverwaltung vom 30. 10. 1950 an verschiedene hiesige Parteien und Wählergruppen Bezug genommen, das folgenden Wortlaut hatte:

„Über den Anschlag von Plakaten anlässlich der Wahlen haben wir uns in der Sitzung des Ältestenrates am 13. 7. 1950 näher unterhalten. Die Parteien wollten sich daraufhin die Aufstellung gemeinsamer Plakatstände oder dgl. anlässlich von Wahlen und Volksbefragungen überlegen und evtl. ein anderes Verfahren durchführen. Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl möchte ich nochmals auf diese Anregung zurückkommen und zu überlegen bitten, ob und in welcher Weise künftighin die Wahlpropaganda betrieben werden soll. Durch den wilden Plakatschlag wird meistens das Gegenteil von dem erreicht, was sich die Parteien an Erfolg versprechen, denn Bevölkerungsteile sind mit Recht darüber verärgert, daß Häuser, Einfriedigungen, öffentliche Gebäude usw. verunstaltet werden. So mußte auch die Stadtverwaltung die anlässlich der Volksbefragung am 24. 9. 1950 an öffentlichen Gebäuden angebrachten Plakate wieder entfernen lassen, womit zwei Stadtbater zwei Tage lang beschäftigt werden mußten.“

Falls die Parteien sich nicht auf den in den Grenzen dieser Bestimmungen zulässigen Plakatschlag beschränken wollen, werden sie gebeten, sich dem Vorgehen der SPD anzuschließen. Das Stadtbaumeister hat für die Aufstellung der von den Parteien und Wählergruppen etwa angefertigten Plakattafeln die folgenden Plätze in Vorschlag gebracht:

- 1. zwischen den Baumgruppen in der Pforzheimer Allee,
2. entlang des Rades des Grünstreifens Thiebauthplatz,
3. kleiner Exerzierplatz hinter dem Stadtbauamt - Grünstreifen,
4. zwischen den Baumgruppen der Allee in der Schillerstraße,
5. Gelände am Sportplatz Wasen, entlang des Gehweges,
6. Grünstreifen vor der Stadtsiedlung Hohewiesen,
7. Grünstreifen vor der Stadtmauer in der Schillerstraße,
8. Ecke Alb- und Pforzheimer Straße.

Bei den gerade in letzter Zeit wiederholt eingegangenen Beschwerden von Hausbesitzern usw. und den berechtigten Kritiken in der Presse mußte die Polizei erneut angewiesen werden, bei Verstößen gegen die Gemeindeordnung Strafanzeigen vorzulegen. Im Interesse der Sauberkeit unseres Stadtbildes ist es gelegen, daß die bestehenden Vorschriften eingehalten werden und es wird gebeten, die Stadtverwaltung hierin zu unterstützen. Das Stadtbaumeister ist bereit, Plätze zur Aufstellung von Plakattafeln anzuweisen.

Die Verordnung über Plakatwesen aus dem Jahr 1912 hat folgenden Wortlaut:

Ortspolizeiliche Vorschrift

Das Plakatwesen betr.

Auf Grund des § 366 R StGB wird für die Stadt Ettlingen ortspolizeilich vorgeschrieben: § 1. Anschlagtafeln, Anschlagtafeln oder sonstige Vorrichtungen zum Anheften von Plakaten, Geschäftsanzeigen, Zeitungen und dergleichen dürfen nur mit Genehmigung des Bürgermeisteramts in den Straßen und öffentlichen Plätzen der Stadt angebracht werden.

§ 2. Das Anbringen von Plakaten, Geschäftsanzeigen, Zeitungen und dgl. an anderen als den nach § 1 genehmigten Anschlagstellen ist verboten. § 3. Die Vorschrift gilt nicht für Plakate, welche von Grundstücksbesitzern und Mietern ausschließlich in ihrem Privatinteresse an ihren eigenen Häusern, Grundstücken oder Mieträumen angebracht werden, sofern diese Plakate die Straße nicht verunzieren.

§ 4. Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt oder die obengenannten Vorrichtungen oder die Anschläge an denselben beschädigt, beschmutzt oder sonst Unfug an ihnen verübt, wird mit Geld bis zu 60 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Ettlingen, den 8. November 1912.

Bürgermeisteramt:
gez. Dr. Hofner.

Nr. 16143

Vorstehende mit Zustimmung des Gemeinderats erlassene ortspolizeiliche Vorschrift, die durch Erlaß Großh. Herrn Landeskommisnar in Karlsruhe vom 14. d. Mts. Nr. 11744 für vollziehbar erklärt wurde, bringen wir zur öffentlichen Kenntnis.

Ettlingen, den 21. Dezember 1912.

Bürgermeisteramt: gez. Dr. Hofner. Müller.

Amerika und das arabische Oel

Dr. Sven v. Müller sprach bei der Eso-AG über ein Spannungsfeld der Weltpolitik

Nachdem wir gestern über den bedeutenden Rußland-Vortrag von Prof. Stepan berichtet haben, wird es unsere Leser interessieren, was ein Kenner der an das Sowjetreich angrenzenden islamisch-arabischen Völkerschaften beobachtet hat. Am Mittwochabend sprach im Schloß-Hotel Karlsruhe Dr. Sven v. Müller, der zur Direktion der Eso-AG in Hamburg gehört, über die Anstrengungen, die von den großen Ölgesellschaften gemacht werden müssen, um dieses wichtige Einflußgebiet der amerikanisch-europäischen Wirtschaft zu sichern. Wir entnehmen dem äußerst lehrreichen Vortrag einige Auszüge.

Wenn man die Ölorkommen im Orient früher auf etwa 40% der Weltreserven geschätzt hat — an sich schon ein ungeheurer Koeffizient — so geben heute seriöse Schätzungen bis auf 60%. Das vergangene Jahr hat gezeigt, daß trotz des Ausfalls des ehemals größten Ölproduzenten Persien insgesamt 10 Millionen t mehr im Orient gefördert werden konnten als 1950. Seit 1938 ist die Produktion der orientalischen Ölfelder auf das Sechsfache gestiegen. Davon ist Saudi-Arabien, das 1944 eine Million t aufweisen konnte, heute mit 38 Millionen beteiligt und Kuweit, wo erst seit 5 1/2 Jahren Öl gefördert wird, kann mit 28,5 Millionen t aufwarten. Nach meinen Eindrücken da unten besteht vom Standpunkt der Produktion überhaupt keine erkennbare Begrenzung. Es ist vielmehr nur eine Frage der Investierung von Kapital und Material, wie weit die Förderung gesteigert werden kann, wobei die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes eine entscheidende Rolle spielt.

Die störenden Faktoren im Orient sind vor allem die Mißwirtschaft und die Unfähigkeit mancher Regierungen, eine ordentliche und gerechte Verwaltung durchzuführen. Latifundien-Wirtschaft, Korruption und das Entstehen eines revolutionären Proletariats in den Großstädten sind bedenkliche Erscheinungen. Es handelt sich dabei nicht um irgendwelche Umtriebe, sondern um eine Volksrevolution. Daraus erklärt sich auch die Dynamik des Geschehens. Wir verstehen diese orientalische Welt so schwer, wir verstehen wohl die Worte, aber die Orientalen denken anders.

Die Araber, die durch britische Versprechungen guten Grund zu der Hoffnung hatten, daß ein nationaler Araberstaat entstehen würde, sehen jetzt Grenzen, die ohne ihre

Mitwirkung durch das Sykes-Picot-Abkommen gezogen worden sind. Die Hoffnung der Araber galt Amerika und die Gedanken Wilsons waren Musik in ihren Ohren. Als aber die Araber sahen, daß Truman der Promotor wurde für den israelischen Staat, schlug die Stimmung um. Jetzt heißt es, es handle sich um eine Verschwörung von Juden und Christen gegen den Islam unter amerikanischer Führung.

Und die Türkei? Ein Land, das laizistisch geworden ist, gilt als Verräter am Islam. Als die ehemaligen Zwingherren dieses Raumes bis zum ersten Weltkrieg können sie nicht mit großen Sympathien rechnen. Sie sehen, wie problematisch die gefühlsmäßigen Grundlagen für eine gemeinsame Verteidigung sind.

Es gibt nirgends ein politisches Vakuum. Die abstoßende Kraft des Westens ist ebenso deutlich wie die saugende Wirkung der Kommunisten. Die Araber haben ein Sprichwort: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“ Die Lage im Orient wird von manchen Beobachtern mit der verglichen, wie sie vor einigen Jahren in China war. Sie rechnen auch mit der Möglichkeit, daß einmal der „Eiserne Vorhang“ über Persien heruntergeht, ohne daß die Sowjetunion in direkter Aktion eingreifen mußte.

Ein wesentlich freundlicheres Bild kann ich zeigen, wenn ich auf Saudi-Arabien zu sprechen komme. Dort hat die Zeit praktisch stillgestanden und seit dem Stammvater Abraham um 2000 v. Chr. hat sich nicht viel verändert. Heute findet man in der Wüste die modernsten Bohrergeräte und tiefe Brunnen. Die Bohr- und Meßtrupps der Arabisch-Amerikanischen Ölgesellschaft haben ihre Wohnwagen mit Klimaanlage und alles Gerät, das der amerikanischen Zivilisation entspricht. Die Sicherheit in der Arabischen Wüste ist heute viel größer als in New York, während früher jeder Stammesfremde, nicht nur der Ungläubige, Gefahr lief, von den Beduinen erschlagen zu werden.

Bemerkenswert ist, was die Aramco alles tut, um für die Araber zu sorgen. Mit 3 Millionen \$ Kosten ist ein Lazarett erbaut worden. Jedem Angestellten der Aramco wird nach sehr sorgfältiger Auswahl vor allem eins eingehämmert: „Wir sind hier Gäste in Saudi-Arabien und haben keinerlei Vorrechte.“ Die arabische Regierung, d.h. König Ibn Saud, sagt etwa: „Wir wollen die moderne Technik des Westens und sind den Amerikanern dankbar, daß sie unsere Ölquellen erschließen. Wir wollen aber keinen westlichen

Einfluß auf unsere Lebensformen, der unsere wahlhabische Tradition gefährden könnte.“

Die Aramco arbeitet großzügig und energisch daran, in dem saudi-arabischen Raum eine Mittelschicht zu schaffen und private Unternehmungslust anzuregen, selbst wenn sie dadurch ihre tüchtigsten arabischen Angestellten verliert. Viel wird für die Ausbildung der arabischen Jugend getan. Die Araberjungen haben eine rasche Auffassungsgabe und sind sehr lerneifrig.

Heute gibt es schon arabische Unternehmen, die beim Bau der Eisenbahn vom Persischen Golf zur Hauptstadt unter Kontrolle der Aramco oder beim Bau der Ölleitungen viel Geld verdient haben. Sie beschäftigen zum Teil schon amerikanische Ingenieure und repräsentieren eine ganz neue Schicht in dieser feudalistisch-bürokratischen Gesellschaft. Daneben aber gibt es zahllose Kleinunternehmer. Die arabischen Kommunen werden zum Bau von Elektrizitätswerken und Eisfabriken angeregt.

Über 1 Milliarde \$ müßten in der Wüste investiert werden und alle Anlagen fallen an den saudi-arabischen Staat, wenn die Konzeption — ihr Umfang beträgt das Vierfache Westdeutschlands — im Jahr 2000 erlischt.

Es ist durch aus denkbar, daß Israel eine Rolle spielen könnte in der Versorgung der arabischen Länder mit den dort benötigten Fertigfabriken, aber dafür muß das Problem der 900.000 arabischen Flüchtlinge gelöst und die Grundlagen für eine Aussöhnung gefunden werden, die wohl eine Anleihe an Israel zur Entschädigung der Flüchtlinge zur Voraussetzung hätte. Dazu fürchten die islamischen Nachbarvölker, daß Israel durch Überbevölkerung zu einer weiteren Expansion im arabischen Raum gedrängt werden könnte.

Eine jahrtausendalte Kultur, die sich anders äußert als unsere Zivilisation, hat die Menschen geformt, die vielen Tugenden aufzuweisen haben. Fast alle Araber haben eine große Liebe zu uns Deutschen. Man hört oft: „Ihr Deutschen seid das einzige europäische Volk, das uns niemals etwas zuleide getan hat.“ Bei der wachsenden Empfindlichkeit der Araber muß man aber damit rechnen, daß eine Parteinahme zu ihren Ungunsten einen raschen Umschwung auslösen würde.

Man kann kein Paradies auf Erden schaffen, vor allen Dingen nicht in Ländern, in denen so große Not herrscht. Aber wie auch das große wirtschaftliche Experiment ausgeht, glaube ich doch, daß die Ölgesellschaften, die mit sauberen Mitteln gegen Not und Krankheit kämpfen und dem technischen Fortschritt den Weg ebnen, eine gute Tat vollbringen. Wir haben jedenfalls allen Grund, zu wünschen, daß die wirtschaftliche Vernunft bei den arabischen Völkern den Sieg über politische Unvernunft davon tragen wird.

Sport-Nachrichten der EZ

Wer geht mit nach Mühlacker?

FV 08 Mühlacker — FV Ettlingen

Ein Gegner, der Sonntag zuvor eine gehörige Abfuhr (8:1-Niederlage) erlitt, sucht sich am nächsten Termin sein Opfer. Der Fußballverein Mühlacker gehört immerhin zu den Spitzenvereinen der 2. Amateurliga und wird diesen Platz verteidigen. Die Mannschaft verfügt über ein solides Können und versteht zu kämpfen, denn nur so läßt sich in dem heißen Ringen um Sieg und Punkte der Senderstädter verstehen.

Ettlingen hat einen schweren Gang, trotzdem darf man die Mannschaft mit volstem Vertrauen begleiten. Der Fußballverein hat in den letzten Spielen eine stete Aufwärtsentwicklung gezeigt. Konditionsmäßig wurde die Elf im entscheidenden Augenblick fit; daß sie das technische Können beherrscht, steht außer Zweifel. Mit

Markusch

Feininger Kiefer
Huber Klee Ehrle
Gleißle H. Schneider Hug Buchleiter Klein R.

steht eine bewährte Deckung und eine aufbauende und zerstörende Läuferreihe, die durchbrochen sein will. Der Sturm sollte für die erfreulichen Tore gut sein. Damit sei nicht gesagt, daß ein Sieg klar liegt; bei vollem Einsatz jedes einzelnen in den ganzen 90 Minuten, guten Bodenverhältnissen, einem objektiven Pfeifenmann, dann liegt bei noch so fanatischen Zuschauern ein Erfolg im Bereich des Möglichen.

Das Vorspiel bestreiten die Reserven. Im Vorspiel schafften die Ettlinger ein 12:0. Dieses Mamutergebnis dürfte nicht wiederholt werden können.

11.30 Uhr ist Abfahrt am „Badischen Hof“. Interessenten haben noch Fahrgelegenheit. Es sind noch wenige Plätze, Darum Karten im Vorverkauf. Ein guter Rückhalt tut der Mannschaft not.

Samstagmittag 1/4 Uhr spielt die Schillereif gegen Durmersheim und die Punkte.

TuS Ettlingen — Abt. Handball

Am Sonntag empfangen die Handballer auf dem Wasen den ebenfalls zur Spitzengruppe gehörenden TSV Daxlanden. Da beide Mannschaften punktgleich sind, wird ein harter Kampf zu erwarten sein. Das Spiel beginnt um 14.30 Uhr. Das Vorspiel bestreiten die bei den Reservemannschaften, während die Jugend anschließend gegen die gleiche von Daxlanden antritt.

Dienstbereitschaft der Ettlinger Apotheken

Nachtdienst vom 9. — 16. 2. Schloß-Apotheke
Sonntagsdienst am 10. 2. Schloß-Apotheke

Ärztlicher Sonntagsdienst

Sonntag, 10. 2. 1952 Dr. Tietze, Ettlingen
Wilhelmstraße 27, Tel. 17.

Tierärztl. Sonntagsdienst

am 10. 2. Dr. Zwickel, Schillerstr. 1, Tel. 651

Obstgroßmarkt Oberkirch

Preise am 6. 2.: Apfel 8-20 1/2, Birnen 12 1/2 Pfg

Aus den Albgau-Gemeinden Bujenbad

Bujenbad. Die Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen veranstaltet am Samstagabend im „Sonnensaal“ einen bunten Abend mit allerlei Überraschungen. Da auch die bekannten drei Rauchschnalzen ihre Mitwirkung zugesagt haben, verspricht der Abend wieder ein Erlebnis mit Humor und Gemütlichkeit zu werden. Am Sonntagabend steigt außerdem im „Sonnensaal“ die karnevalistische Veranstaltung des Handharmonikaspielings.

Ettlingenweiler

Ettlingenweiler. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde beschlossen, für Neuanpflanzung von Pappeln geeignete gemeindeeigenes Gelände zur Verfügung zu stellen. Das Verzeichnis zum Einzug der Vätererhaltungsumlage und die Liste über Tiererwerbbeiträge liegt während acht Tage zur Einsicht auf dem Rathaus offen. Der Übersichts- und Bebauungsplan zur Feststellung der Straßenfluchten in der Landstraße II. Ordnung Nr. 20 liegt 14 Tage öffentlich auf dem Rathaus auf. Einsprachen in dieser Hinsicht können dort in dieser Zeit geltend gemacht werden.

Zur Bekämpfung der in der letzten Zeit stark überhandnehmenden Rattenplage in den einzelnen Gehöften werden die Betroffenen gebeten, sich zur listenmäßigen Erfassung auf dem Rathaus einzufinden. Prospekte über bewährte Rattenbekämpfungsmittel liegen auf. Da Gesamtbestellung der Bekämpfungsmittel aus Ersparnisgründen der Einzelbestellung vorzuziehen ist, können Einzelbestellungen angemeldet werden. Die Sammelbestellung wird vom Rathaus aus besorgt.

Versammlung der Heimatvertriebenen

Am Freitag, 8. Febr., abends 20 Uhr hält die Ortsgruppe des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen (LVD) im Gasthaus zur „Krone“ eine Versammlung ab, zu welcher

auch an die Heimatvertriebenen der Nachbarorte Bruchhausen, Oberweiler, Sulzbach und Schlutenbach Einladung ergangen ist. Der Kreisvorsitzende des LVD Baden e. V., Landtagsabgeordneter J. Hennings, wird an diesem Abend über wichtige Gegenwartsfragen sprechen. Auch der Kreisstellvertreter der DG-BHE, Ingenieur Sorneck (Ettlingen) wird zur Versammlung sprechen. Da in Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung der Besuch für jeden Heimatvertriebenen eine selbstverständliche Pflicht sein müßte, werden insbesondere

Baugelände muß erschlossen werden

Brennholzversorgung — Schwimmbadbau — Zahlreiche Anregungen in der Malscher Bürgerversammlung

Malsch. Am Dienstag, 5. Febr., fand in der Festhalle eine gutbesuchte Bürgerversammlung statt. Die von der Gemeindeverwaltung zur Diskussion gestellten Fragen wurden sehr lebhaft besprochen. Zur Erschließung von weiterem Baugelände gingen die Meinungen wohl auseinander, doch mußten die Grundstückseigentümer erkennen, daß die überaus katastrophale Wohnungsnot der Gemeinde sich nur durch Erstellung von Neubauten lindern läßt. Die Gemeindeverwaltung besitzt selbst keinen einzigen Bauplatz mehr, so daß tatsächlich die Bauinteressenten, welche sich in dieser großen Notzeit entschließen, einen Neubau zu beginnen, bisher keinen geeigneten Bauplatz zugewiesen bekommen. Die Gemeindeverwaltung wird nun nicht nur das Baugelände im Gewinn „Brührück“, sondern auch das Baugelände im Gewinn „Hänflig“ erschließen. Sobald diese beiden Baugelände erschlossen sind, kann in der Gemeinde Malsch fast jeder Wunsch, welchen ein Bauherr an das Gelände stellt, erfüllt werden.

Über die künftige Erhebung von Straßenanliegerkosten waren die Meinungen geteilt. Man hat aber recht bald erkannt, daß es unmöglich ist, einem Bauherrn bei den heutigen Baupreisen diese erheblichen Kosten zusätzlich aufzubürden. Die Bürger gaben die Anregung, daß diese Kosten von allen Bürgern und Einwohnern der Gemeinde gemeinsam getragen werden sollen. Die Erhebung soll als Umlage erhoben werden, welche von sämtlichen Haushaltungen aufzubringen ist. Nur dadurch wird es möglich sein, daß diese

Auslagen von der ganzen Dorfgemeinschaft getragen werden.

Die Brennholzversorgung zeigte, daß der Malscher Wald zur Zeit keinen höheren Ertrag liefert und daß die Vorschriften über die Gewinnung von Nutz- und Brennholz äußerst streng sind. Es wird deshalb im kommenden Jahr vorerst nur ein Ster Brennholz je Haushalt zugeteilt werden können. Dies ist wohl sehr wenig, doch dürfte es möglich sein, bei normalen Haushalten mit den noch zugeordneten Kohlen die erforderlichen Brennstoffe für den Winter zu beschaffen.

Der Bau eines Schwimmbades brachte besonders die Jugend zur Aussprache. Es konnte dabei nicht verstanden werden, daß von älteren Herren gegen dieses Projekt, das in Malsch so dringend gefordert wird, dagegen gesprochen wird. Die Jugend hat an die Gemeindeverwaltung die dringende Bitte gerichtet, dieses Vorhaben unbedingt durchzuführen. Der von der Gemeindeverwaltung vorgeschlagene Platz in der Gemeindegärtnerei wurde anerkannt, weil dadurch der Geländeerwerb nicht erforderlich ist und somit erhebliche Summen für den Ankauf des Bodens gespart werden können.

Die Bürgerversammlung nahm einen sehr harmonischen Verlauf und brachte dem Gemeinderat viele positive Anregungen, welche bei der weiteren Arbeit verwendet werden können. Bürgermeister Bechler dankte allen Anwesenden und sagte, daß er bereit ist, bei so sachlicher Besprechung auch in Zukunft weitere Bürgerversammlungen durchzuführen.

die Heimatvertriebenen der Nachbarorte um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Generalversammlung des VDK

Am Sonntagnachmittag, 3. Febr., hielt der Kriegsversehrtenverband im Gasthaus zur „Krone“ seine Generalversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Tätigkeitsbericht, 2. Rechenschaftsbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Den Tätigkeitsbericht erstattete der 1. Vorstand Ulrich Lumpp. Hernach gab Kassier Theodor Oberle den Kassenbericht zur Kenntnis. Die Kasse wurde in guter Ordnung befunden. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahl ergab keine wesentlichen Veränderungen. 1. Vorsitzender wurde wieder Ulrich Lumpp, 2. Vorsitzender Alfons Ochs, Kassier Theodor Oberle und die Schriftführung übernahm Frau Johanna Roll. Als Beisitzer wurden gewählt: Ignaz Günther, Georg Haitz, Alfred Jörgel und die beiden Frauen Johanna Roll und Amalie Siegel. Von der allgemeinen Aussprache wurde von den Mitgliedern reger Gebrauch gemacht.

Rheinwasserstand am 7. 2.: Konstanz 267 (+ 1)
Rheinleiden — (—) Breisach 126 (+4)
Straßburg 200 (-2) Maxau 379 (+ 6)
Mannheim 243 (-1) Caub 182 (-5)

Wettervorhersage

Freitag und Samstag veränderlich, zeitweilig auflockernde Bewölkung, immer wieder einzelne Niederschläge, die im allgemeinen als Schnee fallen. Tagestemperaturen knapp über Null, nachts leichter Frost. Schwache bis mäßige westliche Winde.
Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +1°
Barometerstand: Veränderlich

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb-
gau. Verantwortlicher Herausgeber:
A. Graf. — Druck und Anzeigen-
annahme: A. Graf, Ettlingen, Schöll-
bronner Straße 5, Telefon 187
Anzeigenannahme für Karlsruhe: Annoncen-
Kraus oHG., Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 712

Gott der Herr rief heute nach längerem Leiden und doch unerwartet unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante

Lydia Fais

Op. Schwester i. R.

zu sich in die ewige Heimat.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Eugen Fais

Ettlingen, den 7. Februar 1952

Die Beerdigung findet am Samstag, den 9. Februar, 11 Uhr in Karlsruhe Hauptfriedhof statt.

Morgen Samstag, den 9. Februar ab 15 Uhr erster großer

Kinder-Maskenball

Eintritt nur mit Erwachsenen

Abends ab 20 Uhr

Großes Faschings-Treiben im Bogelfang

„Möbelbau Welle“ Combi Schränke
am Lager

MOBEL-GROS

Möbelsparen Badische Beamtenbank WKV

HERZ Herz in Gefahr?
Vor: Herzmuskelschwäche, Kreislaufstörungen, Arterienverkalkung zu hohem Blutdruck, Schilddrüse usw. schützen Sie sich rechtzeitig durch:
HERZGEIST-Goldtropfen
Alleinverkaufsstelle

Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, Leopoldstr.

kein Rabatt... dafür aber niedrigste Preise
UNION
Lebensmittel

Feiner Camembert .36

30%, Schachtel 125 g Schachtel nur

Allgäuer Schmelzkäse .45

20%, Schachtel 6 Ecken, 250 g Schachtel nur

Holst. Schweinebacken .48

geräuchert 100 g nur

Prima gek. Schinken .58

im Stück 100 g nur

Fettbücklinge .59

prima frisch 500 g nur

Bratherings-Happen .79

nach Hausfrauenart Dose nur

Hörnchen .93

feine Grießware 1 Kilo nur

Kondens. Vollmilch .95

3 Dosen nur

Delikateß-Würstchen .99

3 Paar-Dose nur

Rindfleisch 1.45

nach Hausfrauenart Dose nur

Solange Vorrat

UNION
das GROSSE Kaufhaus mit den kleinen Preisen

Gottesdienst-Ordnung für die Pfarrgemeinde Herz-Jesu

2. Sonntag im Monat Februar (Septuagesimä) 10. Februar

Samstag nachm. von 1/3 Uhr an Beichtgelegenheit für die Schulknaben. Von 5 bis 7 und abends 8 Uhr Beicht für die Männer. 5 Uhr Rosenkranz.

Sonntag: 1/7 Uhr Beicht. 7 Uhr Singmesse mit Ansprache und gemeinsamer Kommunion der Männer. 1/9 Uhr Kindergottesdienst mit Kinderpredigt und Generalkommunion der Schulknaben. 1/10 Uhr Predigt u. Amt mit Ausstellung der hl. Komm. 11 Uhr deutsche Singmesse mit Pred. 1/12 Uhr Christenlehre für die Jungmänner. Nachm. um 2 Uhr Herz-Jesu-Andacht vor ausgesetztem Allerheiligsten. 1/3 Uhr kirchliche Monatsversammlung der Männersodalität mit Vortrag und Andacht.
Siedlung: 9 Uhr Singmesse m. Pred.

Wochengottesdienste: Täglich 3 hl. Messen: 1/7, 7 und 8 Uhr. Am Dienstag u. Freitag ist der Schülertagesdienst 1/8 Uhr. Montag um 8 Uhr Gemeinschaftsmesse für die Frauenwelt in der Muttergottskapelle mit Ausstellung der hl. Kommunion am Marienaltar. Am Mittwoch um 1/6 Uhr Gemeinschaftsmesse für die Pfarrjugend und um 8 Uhr für die Pfarrkinder aus dem Osten. Jeden Abend um 5 Uhr Rosenkranz in den Anliegen der Pfarrgemeinde und der gesamten Kirche. Am Donnerstag nachmittags um 5 Uhr hl. Stunde vor ausgesetztem Allerheiligsten. Daran anschließ. Beichtgelegenheit. Brautleute, die Samstags getraut werden, benützen im allgemeinen die Beichtgelegen-

heit am Donnerstag abend um 1/6 Uhr zur Abiegung ihrer Hochzeitsbeichte.

Gottesdienstordnung vom 11. Februar — 16. Februar 1952

Samstag, 9. 1 Uhr Seelenamt Karoline Weiler.

Montag, 11. 1/7 Uhr hl. Messe zu Ehren Maria Hilf für Familie Kunz und nach Meinung und Georg und Emma Heß, 7 Uhr I. Leichenopfer Karoline Weiler, 8 Uhr hl. Messe der Familie August Fischer u. Johann Mück und seine Eltern.

Dienstag, 12. 1/7 Uhr hl. Messe Dr. Alois Gollinger und Eltern und Geschwister, 1/8 Uhr hl. Messe Familie Schneider u. na h. Meinung, 8 Uhr I. Leichenopfer Wilhelmine Böhringer.

Donnerstag, 14. 1/7 Uhr hl. Messe Moritz Herr, Mutter, 2 Söhne und Hedwig Maria und Ignaz Diringer, 8 Uhr hl. Messe Josef Thiem und verm. Söhne und Anna Baier, Eltern und Geschwister.

Freitag, 15. 1/7 Uhr hl. Messe Rudolf Sahrbacher und Mutter, 1/8 Uhr hl. Messe in den Anliegen des Antoniusopferstock's, 8 Uhr hl. Messe Franz Schottmüller und Erich Hantschel, Mutter, Großeltern und Angehörige.

Samsag, 16. 1/7 Uhr hl. Messe Albin Hasenhündel und Tochter Christiane und Angehörige u. Josef und Wilhelmine Rutschmann, 7 Uhr hl. Messe Elise Pfel und Elisabeth Schindlergeb. Musler, 1/10 Uhr Brautmesse Wölle.

Sonntag 17. 1/9 Uhr hl. Messe Maximilian u. Theresa Blödt und Angehörige.

Der Kenner lobt,
der Zweifler probt:

BADENIA-PUTZOEL

das angenehm riechende Reinigungsmittel für gewachene Böden jeder Art. Ohne Wasser, Seife und Späne anwendbar.

Badenia-Drogerie
Rudolf Chemnitz, Telef. 290

Welche Nummer hat Firma A.....?

Rufen Sie uns an!

Dann werden wir Ihre neue Telefonnummer in der „EZ“ rechtzeitig vor der Umstellung zum Selbstwählen Ihren Geschäftsfreunden und allen Bekannten mitteilen

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

Reichenbach

Heimat, Volk und Staat

Reichenbach. Der Kolpingsverein hielt am Dienstag seine Generalversammlung im Pfarrheim. Mit „Treu Kolping“ eröffnete der hochwürdige Präses Dekan Walter die Veranstaltung. In der Vorstandsschaff gab es gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen. Der seitherige Altsenior Franz Kraft sowie der Senior Herbert Becker und Schriftführer Leopold Blödt wurden einstimmig wiedergewählt. Ebenso werden Anton Weber und Franz Anderer als Beisitzer für Allkolping und Erwin Schall bzw. Georg Anderer als Kassierer ihre Ämter für ein weiteres Jahr verwahren. Als weitere Beisitzer der aktiven Kolpingsgruppe wurden Helmut Becker und Alois Kraft hinzugewählt. Der Schriftführer gab einen kurzen Überblick über die Leistungen des letzten Jahres. Die Kolpingsfamilie hat sich vor allem das Ziel gesetzt, die Jugend zur Kameradschaft und Pflichtbewußtsein anzuhelfen. Ebenso soll die Jugend den Verein nicht nur als religiösen, sondern auch als geistigen Führer und Förderer sehen. Zu begrüßen ist, daß Lehrriedel dem Verein seine Unterstützung, soweit es in seinen Kräften steht, zusicherte und er wird die Versammlungsabende mit religiösen und aktuellen Vorträgen ausfüllen, wofür ihm die Jugend besonders dankbar ist. Zum Schluß dankte der Präses den Mitgliedern für die geleisteten Dienste und forderte alle auf, aus der katakombenähnlichen Reserve herauszutreten und an der Durchführung des Jahresprogramms „Heimat, Volk, Staat“ mitzuwirken. Nach Abschluß der offiziellen Versammlung fand noch ein gemütliches Beisammeln der Mitglieder statt. I. B. In einer Generalversammlung gaben Schriftführer und Kassierer des Kolpingsvereins Bericht. Die Vorstandswahl ergab keine Veränderung. Die Durchführung des Jahresprogramms „Heimat, Volk, Staat“ soll zu einem stärkeren Herausstreuten aus der bisherigen Reserve führen. R. Schönherr übernahm die Leitung der Volkshochschule, die ihre Ausgabeweisen auf Freitagabend und Sonntagmorgen änderte. Die kommende I. Klasse wird wahrscheinlich von 14 Kindern besucht werden. Die EZ gratuliert sowohl Leopold Masino als auch Frau Anna Becker, geb. Gay, zu ihrem 62. Geburtstag.

Bericht aus Spielberg

Allgemeinverständliche Vorträge

Spielberg. Zu einer Klangfilmvorführung über Alaska, Kanada und Toscanini im Saal des Gasthauses zur „Sonne“ hatte das Volkshochschulwerk des Landkreises Karlsruhe am vergangenen Samstag eingeladen. Neben hebräischen Naturaufnahmen, die der Film zeigte, wird vielleicht manchem Besucher die

wirtschaftliche Bedeutung der beiden riesigen Länder Alaska und Kanada aufgegangen sein, deren Erschließung rasch und großzügig vorangetrieben wird, während im alten Europa schon der Zusammenschluß von zwei doch verhältnismäßig sehr kleinen Ländern wie Württemberg und Baden erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Der Streifen über Toscanini hinterließ einen nachhaltigen Eindruck von der Persönlichkeit dieses weltberühmten Dirigenten. Hauptlehrer Michler, der die Begrüßungs- und Schlußworte sprach, gab gleichzeitig die Termine für die nächsten Veranstaltungen bekannt. Darnach hält Regierungsrat Höllein am kommenden Samstag einen Vortrag über „Nachbarrecht“, während eine weitere Filmvorführung am 21. Februar stattfinden soll. Es ist zu wünschen, daß von diesen Gelegenheiten, Wissen und Allgemeinbildung zu vertiefen, mehr als bisher Gebrauch gemacht wird und daß die künftigen Veranstaltungen des Volkshochschulwerkes besser besucht werden.

Vor einem anderen, nicht weniger interessierten Zuhörerkreis — auch Frauen hatten sich eingefunden — sprach am vergangenen Sonntag im Gasthaus zum „Adler“ nach Begrüßungsworten von Bürgermeister Bischoff Landwirtschaftsrat Noe (Augustenberg) über das Thema „Schweinemast“. Der Vortragende verstand es ausgezeichnet, in vielen Jahren gemachte Erfahrungen auf dem Gebiet der Schweinemast und Schweinezucht seinen Zuhörern in ausführlichen, leicht verständlichen Ausführungen zu vermitteln. Die verschiedenen Nährstoffe in genügend Menge und im richtigen Verhältnis zueinander verabreicht, sorgfältige, pünktliche, möglichst trockene Fütterung sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Schweinemast. Auch zahlreiche Fragen auf anderen landwirtschaftlichen Gebieten, die von Versammlungsteilnehmern gestellt wurden, wurden von Landwirtschaftsrat Noe bereitwilligst und ausführlich beantwortet.

Leider war auch diese Versammlung nur mäßig besucht, ein Umstand, an dem zum Teil auch die Vielzahl der zur Zeit stattfindenden Versammlungen und Veranstaltungen schuld sein mag.

Wirtschaft in Kürze

Im Frankfurter IG-Hochhaus wurde eine Ausstellung der amerikanischen Luftstreitkräfte eröffnet, die der deutschen Industrie eine Übersicht über diejenigen Artikel geben soll, die die US-Luftflotte künftig für ihre Ausrüstung aus der Bundesrepublik beziehen will.

Die amerikanische Behörde für das gegenseitige Sicherheitsprogramm (MSA) hat insgesamt 5 Millionen Dollar für vier europäische Staaten freigegeben. Die Bundesrepublik erhält davon 3,1 Millionen Dollar, die zum Einkauf von amerikanischem Weizen verwendet werden sollen.

Geschichtliche Kunstwerke in Völkersbach

Man muß unterscheiden zwischen nur geschichtlichen und nur ästhetischen Kunstwerken. Unsere Gemeinde ist reich an geschichtlichen Kunstwerken, die dank der Aufmerksamkeit der hiesigen Pfarrgeistlichen von den Verwüstungen des Krieges erhalten blieben. In der Sakristei ist die Hälfte des Klosterstrankes von Frauenalb. 1803 wurde der Paramentenshrank in der Mitte durchragt und die andere Hälfte kam nach Ettlinglewiler. Leider wurde die alte Klostermonstranz in den Jahren 1925 von Diebstahl gestohlen und eingeschmolzen. Das Misionarskreuz in der Kirche stammt ebenfalls aus der Kirche Frauenalb. Aus dem 17. Jahrhundert stammt die Pietätsgruppe, die während des Krieges versteckt werden mußte, damit sie nicht von unberufener Hand gestohlen werden konnte. Aus dem 18. Jahrhundert stammt die wunderbare Madonna mit dem Kind, aufgestellt vorne im Chor der Kirche. Viele haben sich schon um dieses Kunstwerk interessiert, aber solche Schätze zu veräußern, ist unerlaubt. Das älteste Kunstwerk, das noch aus der alten Kirche stammt, ist der Taufstein mit dem Bildnis der Taufe Christi durch Johannes. Ein rein geschichtliches Kunstwerk ist die einfache Orgel in der Kirche, die zurückgeht auf den Orgelbauer Silbermann in Rastatt. 1777 wurde sie von einem Rastatter Bürger erworben, die bis 1834 ihre Dienste hier treu versah. Eine neue Orgel mußte geliefert werden, jedoch mit der Bedingung, daß gute Teile der alten Orgel wieder Ver-

wendung fanden. Der damalige Organist, Hauptlehrer Albicker, ging aufs Ganze. Die notwendigen Gelder wurden durch Sammlung beigebracht. Großherzog Friedrich von Baden stiftete 400 M., Kaiserin Augusta 100 M., Prinz Wilhelm 200 M., Prinz Karl 150 M usw. Damals war Baden noch Baden! 1888 war nach einjähriger Sammlung schon der schöne Grundstock von 1500 M beisammen. 1892 schon wurde die Anschaffung eines neuen Werkes beschlossen, ausgeführt durch die Orgelfirma Mönch-Überlingen. Das Werk kam auf 6000 M zu stehen. 1752 M waren gedeckt durch Spenden, 1000 M durch die Überschüsse der Pfarrei. 3342 M brachte die Gemeinde durch freiwillige Kirchensteuer auf. Nach dem Gutachten des erbischöflichen Orgelbauinspektors E. Gageur vom 27. Mai 1892 ist die Orgel mit ihren 17 klingenden Registern, die auf zwei Manuale verteilt sind, wirklich gut gearbeitet, hat einen schönen Wohlklang wie eine angenehme Fülle an Ton und Technik. 1917 mußten die Prospektpfeifen aus Zinn mit den Glocken abgeliefert werden. Die Pfeifen wurden 1924 wieder neu eingesetzt. Nur der Umstand, daß es Pfarrer Glaser gelang, den Beweis zu erbringen, daß in dieser Orgel die alte, frühere „Silbermann“-Orgel steckt, rettete in diesem Krieg die Orgelpfeifen, die sonst dasselbe Schicksal mit den Glocken hätten teilen müssen. Möge es doch jeder wissen, daß gerade diese Orgelklänge uns eine altherwürdige Geschichte zu verkünden wissen! (re.)

Dr. Lehr für reinen Amateurgedanken

„Immer sprudelnde Quelle der Gesundheit“

Bundesinnenminister Dr. Lehr unterstreicht in seinem vom Presse- und Informationsamt herausgegebenen Informationsdienst die Bereitwilligkeit der Bundesregierung, den Amateurbegriff im Sport als notwendig zu befürworten. Es wird so schreibt der Bundesinnenminister, immer Aufgabe der Regierung bleiben müssen, den reinen Amateurgedanken in allen Sportarten im Interesse des Volksganzen zu fördern. Der normale Sport müsse sich in dem Rahmen halten, den die Freizeit neben voll erfüllter Berufsarbeit abstecke. Berufsausbildung und Berufsausbildung sollen nicht vernachlässigt, sondern durch den Sport in der Freizeit gefördert werden. Der Sport bleibe somit in seinem wertvollen Amateurtum. Damit solle jedoch kein abfälliges Werturteil über den Vertragspieler als Persönlichkeit gefällt werden.

Der Minister wandte sich gegen die von Sportvereinen vorgetragene Ansicht, noch mehr Gelder aus den Einnahmen des Sport zu Verfügung zu stellen. Dr. Lehr schreibt, daß von 14 Prozent Reingewinn mindestens 10 Prozent für sportliche Zwecke verwendet würden. Er befürworte deshalb die Verwendung der Überschüsse zu gemeinnützigen Zwecken. Selbstverständlich sei dabei auch an gemeinnützige Zwecke des Sportes zu denken.

Dr. Lehr warnte ferner die Sportverbände davor, sich politisch zu betätigen, da dies dem Sportgedanken widerspreche. Weiter betonte der Minister, daß nach dem Grundgesetz die Fragen der Erziehung, also auch des Sportes, Sache der Länder seien. Grundgedanke des Bundesinnenministeriums sei, den deutschen Sport zu einer „immer sprudelnden Quelle der Gesundheit, der Erziehung des Gemeinschaftsgefühls und der Freude zu machen“.

Revision bei den Eislauftmeisterschaften

Bei den Europameisterschaften im Eiskunstlauf der Damen gelangte die Wettkampfleitung nach stundenlangem Nachrechnen zu einer Revision der ursprünglichen Reihenfolge. Die neue Placierungsliste lautet: 1. Jeannette Altwegg (England), 2. Jacqueline du Bief (Frankreich), 3. Barbara Wyatt (England), 4. Erika Kraft (Deutschland), 5. Helga Dudzinski (Deutschland), 6. Valda Osborn (England), 7. Dagmar Lerchov (CSR), 8. Gundl Busch (Deutschland).

Jeanette Altwegg Europameisterin

Unter 23 Bewerberinnen aus zehn Nationen gewann die Engländerin Jeanette Altwegg die Europameisterschaft im Eiskunstlauf knapp vor ihrer alten Rivalin Jacqueline du Bief (Frankreich).

Den 3. Platz sicherte sich mit Abstand die Engländerin Barbara Wyatt vor der neuen deutschen Meisterin Erika Kraft (München). Gundl Busch (Köln) wurde Siebente, Helga Dudzinski Neunte.

Ehepaar Falk wieder Paarlauftmeister

Helmut Seibt Europameister im Eiskunst- und Rollschuh-Paarlafen. Das deutsche Weltmeisterpaar im Eiskunst- und Rollschuh-Paarlafen Ria und Paul Falk konnte vor 6000 Zuschauern im Wiener Eisl Stadion erneut die Europameisterschaft im Paarlafen erringen.

Europameister 1952 im Eiskunstlauf wurde in Wien der österreichische Titelverteidiger Helmut Seibt, der 206,8 Punkte erhielt. Den 2. Platz sicherte sich der Italiener Carlo Fassi mit 200,49 Punkten vor dem Engländer Michael Carrington mit 193,0 Punkten.

Der deutsche Meister Freimut Stein kam über den 6. Platz nicht hinaus, während der zweite deutsche Teilnehmer Klaus Lochinger nur den 18. und letzten Platz belegte.

Jeanette Altwegg führt

Die britische Eislaut-Weltmeisterin Jeanette Altwegg führt klar nach den ersten Pflichtübungen bei den Europa-Meisterschaften 1952 im Eiskunstlauf in Wien. Endgültige Ergebnisse wurden noch nicht bekanntgegeben. Zu den Pflichtübungen waren 24 Teilnehmer aus zehn Nationen angetreten.

Sepp Weiler siegte in Oberstdorf

Einen Kameradschaftsprungrlauf auf der Schattberg-Schanze in Oberstdorf gewann Sepp Weiler (Oberstdorf) mit Weiten von 58 und 60 Metern und Note 225,0 in heftigem Schneetreiben. Toni Brutscher kam auf den zweiten Platz. Dritter wurde Heinz Majer (Immenstadt).

Amerikaner wurden bayerische Bobmeister

Die bayerischen Vierer-Bobmeisterschaften, die auf der Olympia-Bobbahn am Rießer See ausgetragen wurden, gewann in Abwesenheit der deutschen Favoriten Ostler und Kemser der amerikanische Bob „USA II“ mit Johnson, Durant, Bowling und McDonald in der Gesamtzeit von 2:43,73 Minuten vor dem deutschen Bob „NOK I“ mit Probst, Attenberger, Mutzbauer und Schlot.

Neue Hürde für Schwetzingen

Das Rennen um den Meistertitel der Amateure

Infolge der Schwetzingen Niederlage in Birkenfeld ist das Rennen um den Meistertitel in der nordbadischen Fußballamateurliga wieder völlig offen. Nur noch zwei Verlustpunkte trennen den Verfolger KfV von dem derzeitigen Spitzenreiter. Das kommende Wochenende, das den KfV mit Rippurr zusammenführt und den Rivalenkampf Hockenheim gegen Schwetzingen bringt, kann die beiden Kontrahenten auf gleiche Höhe bringen. Der KfV sollte zu einem sicheren Heimsieg gegen Rippurr kommen, während Schwetzingen in Hockenheim durchaus noch nicht gewonnen hat. Daxlanden sollte gegen die ersatzgeschwächten Pforzheimer Rasenspieler selbst auf dem Holzfuß zu Sieg und Punkten kommen. Völlig offen ist der Ausgang der Begegnung um den vierten Platz, Friedrischfeld — Phoenix. Den Pforzheimer Lokal-kampf Brötzingen — Birkenfeld müßten die Germanen für sich entscheiden. Nach mehreren Niederlagen sollte auch Viernheim im Heimspiel gegen Leimen zu einem Punktspaar kommen, und schließlich darf auch Kirrlach als Favorit gegen Weinhelm angesehen werden.

Es spielen: KfV — Rippurr; Hockenheim gegen Schwetzingen; Friedrischfeld — Phoenix Karlsruhe; Brötzingen — Birkenfeld; VfR Pforzheim — Daxlanden; Kirrlach — Weinhelm; Viernheim — Leimen.

Zweikampf Rot — Mannheim weiterhin offen

Der vorjährige nordbadische Handballmeister TSV Rot rangiert nur um zwei Punkte günstiger in der Tabelle als sein schärfter Verfolger VfR Mannheim. Normalerweise sollte dieser Punktvorsprung genügen, doch ist auch beim Handball nichts unmöglich. Der Papierform entsprechend müßten am kommenden Sonntag sowohl Rot — zu Hause gegen Rintheim — wie auch VfR Mannheim — auf eigenem Platz gegen Leutershausen — zu neuen Erfolgen kommen. Ein Heimsieg sollte auch das Ergebnis des Kampfes Bretten — Birkenau werden. Mühlburg spielt beim Schlußtitel Wildhof mit besseren Aussichten, und auch Ketsch ist in Ottersheim höher einzuschätzen als der Gastgebende TSV.

Es spielen: Rot — Rintheim; VfR Mannheim gegen Leutershausen; Wildhof — Mühlburg; Bretten gegen Birkenau; Ottersheim — Ketsch.

Wegen Tätlichkeit ein halbes Jahr gesperrt

Der Mittelalter des VfR Pforzheim, Wasserbach, der im Spiel gegen den KfV wegen einer Tätlichkeit gegen den Schiedsrichter vom Feld gestellt worden war, wurde von der nordbadischen Sporthochschule für ein halbes Jahr disqualifiziert.

Deutsche Nordische Skimeisterschaften

Unter Teilnahme der Elite des deutschen Wintersports, der Meister von 1951 und Titelverteidiger, werden vom 8. bis zum 11. Februar die deutschen Nordischen Skimeisterschaften an dem Oberharzer Wintersportplatz Braunlage ausgetragen. Die vielfach erprobten Wintersportabläufe von Braunlage bieten die beste Gewähr für einen vorbildlichen Verlauf der deutschen Skimeisterschaften. Von Braunlage aus wird die deutsche Olympiamannschaft direkt nach Oslo starten.

Erste deutsche Olympiateilnehmer in Oslo

Die erste Gruppe der deutschen Mannschaft, die an den Olympischen Winterspielen teilnehmen wird, ist im Osloer Ostbahnhof angekommen.

Kleines Wintersportprogramm

Wegen der deutschen nordischen Skimeisterschaften in Braunlage ist das Wintersportprogramm im Schwarzwald am kommenden Wochenende recht bescheiden. Nur kleinere regionale Veranstaltungen sind angesetzt. In Schonach und Menzenschwand finden Wandersportwettbewerbe statt, zu denen die besten Schwarzwälder Springer erwartet werden. Auf der 6,5 km langen Strecke vom Belchgenek nach Schönau wird am Sonntag der traditionelle „Große Belchgenekabfahrt“ durchgeführt. Am Start dieses längsten Abfahrtsrennens des Schwarzwaldes werden alle alpinen Schwarzwälder erwartet. Außerdem ist der Start einiger alpinen Schweizer möglich. In Seebach wird der Aethal-Abfahrtslauf ausgefahren.

Karlsruher Schwimmer siegten in Mannheim

Im Mannheimer Klubbüchsenkampf siegte bei den Männern der KTV 46 Karlsruhe (32 Punkte) vor TSG Darmstadt (30), SV Mannheim (28), 1. BSC Pforzheim (25) und SV Ludwigshafen (10 Punkten). Bei den Frauen sicherten sich die Darmstädterinnen nach bestem Bemühen in der 6x50-m-Krausstaffel mit 25,5 vor KTV 46 Karlsruhe (31,5), SV Ludwigshafen und SV Mannheim (31) den Sieg. In einem Wasserballspiel zwischen dem Oberligavertriet TSG Darmstadt und SV Mannheim (Landesliga) bewiesen die Mannheimer nach teilweise dramatischem Kampf ihre gute Form und blieben mit 3:5 erfolgreich.

MOBEL EHRFELD RONDPELLATE KADICQUE. Dem MOBELMUSTERING vertraut das-M im Ring beschau genau.

ZU VERKAUFEN. Geschäftsanteil der ALBA-Baugenossenschaft vom 18. August 1949, lautend auf DM 300.—, abzugeben. Angeb. unter 396 an die EZ.

VERSCHIEDENES. Kopfschuppen Kopfsucken Haarausfall beseitigt überraschend die Ottve-Methode. Nur erhältlich Friseurgeschäft Georg Jäger, Ettligen, Rheinstraße 26.

Aus dem früher eiterlichen Anwesen Rheinstraße 40 bin ich am 1. Februar 1952 umgezogen in meinen Neubau Untere Zehntwiesenstraße. Aus diesem Anlaß sind mir inzwischen so viele Glückwünsche zugegangen, daß ich im einzelnen nicht danken kann. — Auch im Namen meiner Familie sei hierfür recht herzlich gedankt. Baumeister Otto Schmal Hoch-, Tief- und Betonbau Telefon 135 Ausführung von Hausentwässerungen

Eine gute Illustrierte gehört in jedes Haus. Buchdruckerei A. Graf Ettligen, Schöllbronner Str. 5. Pachtverträge sind wieder zu haben bei Buchdruckerei A. Graf

BEKANNTMACHUNGEN. Zwangsversteigerung. Am Samstag, den 9. Februar 1952, vormittags 10.00 Uhr werde ich in Ettligen, Amtsgericht, Pfandraum, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 1 Schreibmaschine mit Koffer „Olympia“ 1 Radioapparat „Lowe“ 90 m Seidenstoffe, 10 versch. Farben 32 m Wollstoffe, 12 versch. Farben 9 m Damenmantelstoffe, 2 versch. Farben 6 m Herrenanzugstoffe, versch. Farben. Ettligen, den 7. Februar 1952 Husel, Gerichtsvollzieher

Wet von Rheuma geplagt wird, wer an Gicht, Ischias, Nieren-, Blasen- und Gelenkerkrankheiten leidet — dessen Hauptgetränk sollte Mate-Gold sein. Es ist das Nationalgetränk der Südamerikaner, die solche Leiden nicht kennen. Der echte Brasil-Tea Mate-Gold erhält gesund, ist anregend, wohlschmeckend und sparsam. MATE-GOLD IHR HAUS-GETRÄNK. Paket 1.— DM. Stets frisch erhältlich bei Badenia-Drogerie R. Chemnitz, Ettligen, Leopoldstr. 7, Telefon 290

Für die hungernden Vögel empfiehlt bes. preiswert Sonnenblumenkerne Hanfsamen Streufutter Maisenfütterung Kolbenhirse Futterhäuschen. Badenia-Drogerie Rud. Chemnitz Ettligen. ZU VERMIETEN. Büro oder Auslieferungslager (auch für Redtanwalt geeignet) ca. 60 qm, sofort zu verm. Evtl. mit 3-Zimmer-Wohnung durch Tausch. Angeb. unter 394 an die EZ.